Schweizerisches Bundesblatt.

Jahrgang VI. Band II.

Nro. 30.

Donnerstag, den 29. Juni 1854.

Man abonniert ausschließlich beim nächst gelegenen Postamt. Preis für das Jahr 1854 im ganzen Umfange der Schweiz portofrei Frkn. 4. 40 Centimen. Inserate sind frankirt an die Expedition einzufenden. Gebühr 15 Centimen per Zeile oder deren Raum.

Bericht

der

Kommission des Ständerathes über die Geschäftsführung des Bundesrathes während des Jahres 1853 und über die Staatsrechnung von demselben Jahre.

A.

Geschäftsführung des Bundesrathes.

Tit.

Die Bundesversammlung fasste zur Zeit der Prüfung der Geschäftsführung des Bundesrathes, den 5. August 1853, einen Beschluss, welcher bestimmt, daß der Bundesrath jedes Jahr vor dem 1. Mai seinen Bericht über die Geschäftsführung und Staatsrechnung vorzulegen habe.

Wir machen es uns zur Pflicht anzuerkennen, daß der Bundesrath dieses Jahr seiner Obliegenheit vollkommen Genüge geleistet hat, denn sein Bericht und seine Rechnungen sind zur angegebenen Zeit an die Kommission gelangt.

Diese aber konnte, in Folge verschiedener, von dem Willen ihrer Mitglieder unabhängiger Umstände, sich erst am 12. Juni versammeln und ähnliche Umstände, so wie wichtige persönliche Gründe haben die Kommission verhindert, vollzählig zusammen zu treten. Denn zwei Mitglieder konnten der Einladung nicht Folge leisten, und eben so waren die einberufenen Ersazmänner verhindert. Die Kommission war daher auf fünf Mitglieder beschränkt, um ihre Prüfung zu beginnen und fortzusetzen, was nicht dazu beitrug, die schon so zahlreichen Schwierigkeiten zu vermindern, welche von einer nur einigermaßen gründlichen Aufsicht über eine so ausgedehnte Verwaltung in ihren verschiedenen Zweigen, wie diejenige des Bundes ist, unzertrennlich sind.

Wenn die Kommission sich auch nicht schmeicheln darf, ihre Aufgabe in einer dem Vertrauen des hohen Ständerathes entsprechenden Weise gelöst zu haben, so kann sie doch versichern, daß sie nichts versäumte, was von ihr abhing, um dieses Resultat zu erreichen.

Nach gewohnter Übung hat sich die Kommission in Sektionen abgetheilt und denselben die Arbeiten so zugewiesen, daß jeder Zweig der Verwaltung einer sehr genauen Prüfung einiger Kommissionsmitglieder unterworfen wurde. Hierauf ist die Kommission, nachdem sie über die Mittheilungen, welche ihr durch jede ihrer Sektionen gemacht worden sind, berathen hatte, übereingekommen, folgenden Bericht, sowol über die Verwaltung im Allgemeinen, als auch über jeden ihrer Zweige vorzulegen.

a. Allgemeine Verwaltung.

Die eidgenössischen Räthe hielten zu wiederholten Malen Sitzungen im Laufe des Jahres, dessen Geschäftsführung hier geprüft wird.

Die gesetzgeberische Thätigkeit scheint, beim ersten Anblick, sich weniger stark als in den vorhergehenden Jahren entfaltet zu haben. Dennoch sind einige wichtige Gesetze erlassen worden. Wir führen unter andern das Bundesgesetz über das Bundesstrafrecht, das Bundesgesetz über Wahl und Besoldung der Bundesbeamten an, und endlich kann das Gesetz über die Errichtung einer polytechnischen Schule auch als dahin gehörend angesehen werden, indem dasselbe in einer Sitzung, die als Fortsetzung der ordentlichen vom Monat Juli betrachtet werden muß, erlassen worden ist.

Dagegen hat die Bundesversammlung eine große Anzahl Verordnungen über besondere Punkte der Gesetzgebung oder Verwaltung erlassen, und in Anwendung verfassungsmäßiger Bestimmungen sehr wichtige Beschlüsse gefaßt.

Man würde sich wirklich täuschen, wenn man aus der geringen Anzahl der Gesetze, welche 1853 angenommen worden sind, folgern wollte, daß die Thätigkeit der Räthe geringer gewesen sei als früher. Um den Werth der Verhandlungen eines Staatskörpers zu würdigen, braucht man sie nicht zu zählen. Doch auch von diesem Gesichtspunkte aus stehen die Sitzungen von 1853 den frühern keineswegs nach, weil sie eine Menge spezieller Verordnungen zu Tage förderten, von denen etnige sehr wichtig sind. Und endlich haben sie über verfassungsmäßige oder politische Fragen, die für die Schweiz von hohem Interesse sind, Beschlüsse gefaßt, denen sehr lange Verhandlungen vorangingen.

Gleichwol ist es wahr, daß sie nicht so zahlreiche und wichtige Gesetze hervorbrachten, als es in den ersten Jahren unmittelbar nach der Neugestaltung der Schweiz geschehen ist. Aber dieses mußte nothwendig so sein. Die Thätigkeit des Gesetzgebers mußte sich anfangs ganz der Organisation der Verwaltungszweige zuwenden, welche zentralisirt worden sind. Nachdem einmal das Gebäude der Gesetzgebung aufgeführt war, blieb nur übrig dasselbe nach Bedürfniß zu vervollständigen, es nach den erlangten Erfahrungen zu verbessern, für die Anwendung der Verfassung und Gesetze zu sorgen, die Verwaltung zu leiten und zu beaufsichtigen und für die großen Interessen des Landes zu sorgen.

Das ist die Bahn, welche von der gesetzgebenden Behörde verfolgt und ihr naturgemäß vorgeschrieben worden ist. In dem Maße, wie sich die Gesetzgebung bildete, ergänzte und entwickelte, verfolgte die Verwaltung ebenfalls eine fortschreitende Bahn. Sie erhielt nicht auf einmal den Grad der Vollkommenheit, zu welchem sie in den letzten Jahren gekommen ist; aber geführt mit Kraft, weise die Lehren der Erfahrung unter der strengen Aufsicht der Bundesversammlung benutzend, erhielt sie bald bestimmte Grundlagen, und entwickelte sich rasch.

Sie mußte im Anfange sich selbst den Weg bahnen, Alles neu schaffen und gegen eine Menge Hindernisse kämpfen. Aber jetzt hat sie die Zeit der Krisis überstanden. Sie verfolgt heute eine sichere Bahn und der Grad der Entwicklung, den sie erlangt hat, mit den Fortschritten, die sie noch zu erreichen verspricht, wenn sie fortfährt mit der Zeit fortzuschreiten, wird machen, daß die strengste Beurtheilung schwerlich eine verwundbare Stelle zu finden vermag.

Das Werk der Neugestaltung der Schweiz ist also vollendet; jedes Jahr hat den Bau auf den Grundlagen weiter gefördert und die Arbeit ist gegenwärtig befestigt. Es ist kaum das sechste Jahr ihres Bestehens, und diese Zeit genügte, um die letzte Hand daran zu legen und ihr die stärkste Unterstützung zu gewinnen, nämlich das Vertrauen und die Liebe der Nation.

Die neuen Bundeseinrichtungen sind in das innere Leben der schweizerischen Völkerschaften gedrungen. Die Abneigungen sind größtentheils erloschen, oder machtlos geworden. Die Befürchtungen, welche Viele gegen eine zu weit um sich greifende Centralisation hegten, fangen an zu verschwinden und die Kantonalgesetzgebungen sind nun ihrerseits in Abänderungen begriffen, um mit den Bundeseinrichtungen in Einklang gebracht zu werden.

Die Schweiz gewährt also demjenigen einen erfreulichen Anblick, der ihr öffentliches Leben im Innern betrachtet. Von dem Gesichtspunkte der auswärtigen Beziehungen aus bietet ihre Stellung ebenfalls nur Günstiges dar. Die Schwierigkeiten, welche sie mit einem benachbarten Staate hatte, so ernst sie auch gewesen sind, dienten nur dazu, ihr gutes Recht hervorzuheben und ihren Sinn für Gerechtigkeit und Mäßigung an den Tag zu legen.

Indem die Kommission die Lage unter diesem Gesichtspunkte ins Auge faßte, konnte sie nicht anders, als ihre vollständige Befriedigung ausdrücken.

Sie spricht ebenfalls ihre vollständige Zufriedenheit über die Geschäftsführung des Bundesrathes aus.

Indem sie nun zur Prüfung der Einzelheiten der Verwaltung übergeht, wird sie einige Bemerkungen über jedes Departement vorlegen.

b. Geschäftsführung der Departemente.

I. Politisches Departement.

Der Bericht des Bundesrathes bezeugt das gute Einverständnis, welches zwischen der Schweiz und den verschiedenen Staaten besteht, mit welchen sie Beziehungen unterhält.

Diese Thatsache ist weder neu, noch überraschend. Die Schweiz bemüht sich seit ihrer Neugestaltung, die völkerrechtlichen Pflichten zu erfüllen und sie ist nicht allein dahin gelangt, in ihrem Schooße selbst eine auf Freiheit gegründete Ordnung, welche vor allem aus Vertrauen einflößt, aufrecht zu erhalten, sondern sie hat sorgfältig alles vermieden, was Grund zu gerechten Klagen hätte geben können, ohne der Stellung etwas zu vergeben, die ein wahrhaft unabhängiger Staat bewahren muß.

Aber das gute Vernehmen in den Beziehungen der Schweiz zum Auslande ist gegenüber einem benachbarten Staate gestört worden. Wir wollen von dem Konflikte mit Oesterreich von seinem Ursprunge an sprechen. Zahlreiche Korrespondenzen haben mit dem beglaubigten Minister dieser Macht in der Schweiz stattgefunden. Bändereiche Akten sind wegen dieser Angelegenheit gesammelt worden, die im Laufe des Jahres 1853 vorzüglich die Aufmerksamkeit des Departements, mit welchem wir uns beschäftigen, in Anspruch genommen hat. Ein bleibendes Kommissariat wurde im Kanton Tessin eingerichtet, um die Wirksamkeit der Bundesbehörde zu erleichtern, sofern dieselbe berufen war, sich da zu entfalten. Endlich sind beträchtliche Summen unter verschiedenen Formen angewendet worden, um der

Bevölkerung des Kantons zu Hülfe zu kommen, welche unmittelbar unter dem Schlage der von Oesterreich ergriffenen außerordentlichen Maßregeln litt.

Umständliche Berichte sind zu zwei verschiedenen Malen der Bundesversammlung vorgelegt worden, welche selbst jedesmal dieser Angelegenheit viele Zeit widmete, um sie von allen Seiten zu prüfen. Es fällt uns daher um so weniger ein, dieselbe aufs Neue zu behandeln, da der Bericht des Bundesrathes über die Geschäftsführung von 1853 eine Uebersicht der hauptsächlichsten, sich auf dieselbe beziehenden Thatsachen enthält.

Man kann drei Gesichtspunkte in der Entwicklung dieser Frage bezeichnen. In ihrem Anfange hatte sie nur eine kirchliche Bedeutung. Es handelte sich um Beschwerden, welche Oesterreich gegen die von dem Großen Rathe des Kantons Tessin bezüglich der Verwaltung der Seminarien von Poleggio und Ascona ergriffenen Maßregeln richtete. Diese Macht glaubte, die Rechte des Erzbischofs von Mailand und des Bischofs von Como seien verletzt worden und verlangte, daß diese Geistlichen wieder vollständig in ihre Befugnisse eingesetzt werden und ihnen jedenfalls der Rechtsweg offen stehen sollte. Befriedigende Erklärungen und völlig überzeugende Erörterungen wurden von der Bundesbehörde gegeben.

Aber der Zwist vergrößerte sich bald durch das Hinzukommen eines neuen Elements. Da die tessinische Regierung die Vertreibung der fremden Kapuziner aus dem Kanton, in Folge zahlreicher, von ihnen veranlaßter Klagen verordnete, reklamierte Oesterreich unmittelbar gegen diese Maßregel. Von da an entstand ein neuer Notenswechsel, vom 22. Dezember 1852 bis 7. Februar 1853. Die Regierung Tessins, durch ein Billigkeitsgefühl bewogen und ohne anzunehmen, daß ihr da eine Rechts-

verbindlichkeit oblige, stimmte ein den Kapuzinern während der Dauer von drei Jahren eine anständige Pension zuzusichern. Allein die österreichische Regierung trug diesem Akt der Willfährigkeit keine Rechnung und beschloß als Repressalie, alle Angehörigen des Kantons Tessin aus der Lombar die fortzumeisen.

Diese Maßregel, welche in der Geschichte der neuern Zeit ihres Gleichen nicht findet, empörte allgemein die öffentliche Meinung, und als wäre es nicht genug gewesen mit einem so harten Schlage Tausende von Unschuldigen zu treffen, brach die gleiche Regierung jeden Verkehr mit dem Kanton Tessin ab.

Von diesem Augenblicke an trat der Konflikt in seine wahre politische Phase.

Oesterreich ergriff diese letztere Maßregel nach dem Versuche eines Aufstandes in Mailand, indem es sich dabei auf die von dem Uebelwollen verbreiteten Gerüchte stützte, welche Tessin als den Herd revolutionärer Umtriebe, als eine offene Zufluchtsstätte der Flüchtlinge schilderten, wo deren Koryphäen die fehlgeschlagene Bewegung organisirt haben sollen.

Die Korrespondenz, welche der Bundesrath über diesen Gegenstand mit dem österreichischen Minister unterhielt, ist veröffentlicht worden und Allen hinlänglich bekannt, so wie die Thatfachen, welche dieser von uns angeführten Maßregel vorangingen, sie begleiteten und ihr folgten.

In den kontradiktorischen Erörterungen, welche bezüglich des Konflikts ausgewechselt wurden, kam man allmählig dahin, die Frage in zwei unterscheidende Momente zu trennen, nämlich: einerseits die Ausweisung der Tessiner, welche mit derjenigen der Kapuziner im

Verbindung steht, und andererseits die Gränzsperre, welche sich an die vorgebliche Theilnahme Lessins an dem Mailänder-Attentat knüpft.

Die Bundesversammlung behandelte diese Frage in ihrer Gesammtheit zum ersten Male im Monat August 1853, und nach langer Berathung faßte sie (den 3. August) einen Beschluß, welcher der Vollziehungsbehörde keine bestimmten Weisungen ertheilte, in der Erwartung, sie werde nichts von dem versäumen, was die Wahrung der Rechte, der Ehre und der Unabhängigkeit der Schweiz erfordert. Der nämliche Beschluß bewilligte dem Bundesrath ein Credit von Fr. 211,763 im militärischen Interesse der Schweiz, und einen unbeschränkten Credit, um, so weit es nothwendig sein konnte, die Vertheidigungsmittel der Schweiz zu vervollständigen und den Bürgern zu Hülfe zu kommen, welche am meisten unter den Maßregeln Oesterreichs zu leiden hatten.

Im Monat Februar 1854, in Folge eines von dem Bundesrath geforderten Berichtes, bestätigte dann die Bundesversammlung den Beschluß vom 3. August, indem sie jedoch dabei die Erwartung aussprach, der Bundesrath werde, mit Entfaltung aller Energie, welche einer freien und unabhängigen Nation ihr gutes Recht einflößt, unter den jetzigen Umständen eine anständige Lösung des Konflikts mit Oesterreich herbei zu führen wissen.

Es ist bekannt, auf welche Weise der Bundesrath vom Anfange an zu Werke gegangen ist. Er hat sich bemüht, so viel dieß von ihm abhing, das Ende des Streites zu beschleunigen. Aber die Lage war schwierig, denn es konnte keine Rede davon sein, den Forderungen Oesterreichs zu entsprechen, und doch war zu wünschen, daß die nachtheilige Lage, in welche eine große Zahl

unserer Mitbürger versetzt war, nicht zu sehr verlängert würde. Es durfte nichts unternommen werden, was die Würde der Schweiz gefährden konnte. Es durfte ebenfalls nichts überreilt werden; nur eine mit Festigkeit verbundene Ruhe schien allein der Lage angemessen. Aber es war auch dringend nothwendig, einer zahlreichen Bevölkerung so viele Linderung ihrer Leiden als möglich zu verschaffen. Endlich mußten ebenfalls Maßregeln im Interesse der Vertheidigung der Schweiz getroffen werden.

In allen diesen Richtungen ist vom Bundesrath ge-
handelt worden.

Gleich Anfangs hat er gegen Oesterreich die Sprache der Vernunft geführt und ihm die Unhaltbarkeit der Gründe nachgewiesen, auf die sich dessen Maßregeln stützten.

Es sind ansehnliche Summen bewilligt worden, um Straßenbauten im Kanton Tessin zu begünstigen und auf diese Weise der Bevölkerung zu Hilfe zu kommen; dieselben werden auf den Rechnungen von 1854 erscheinen.

Beträchtliche Arbeiten, im Interesse des Vertheidigungssystems der Schweiz, sind aus dem zu diesem Zwecke von der Bundesversammlung bewilligten Krediten ausgeführt worden.

Außerdem hat der Bundesrath die Kantone aufgefordert, die im Personellen und Materiellen ihrer Truppen vorhandenen Lücken auszufüllen, und sich selbst angestrengt, um den Verpflichtungen nachzukommen, welche die neue Militärorganisation dem Bunde, in Bezug auf Anschaffung von Kriegsmaterial, auferlegte.

Endlich hat er sich bemüht, durch Geldbeiträge und durch Arbeit diejenigen zu unterstützen, welche von den Maßregeln Oesterreichs am grausamsten getroffen wurden.

Aber der größte Theil der Unterstützungen, welche zur Erleichterung unserer tessinischen Mitbürger geflossen sind, ist den brüderlichen Gesinnungen der schweizerischen Bevölkerung zu verdanken, welche durch deren Kundgebung nicht nur eine wohlthätige Handlung ausgeübt, sondern auch eine wichtige Manifestation gemacht hat, deren Sinn nicht zweifelhaft sein konnte. Der Bericht über die Geschäftsführung führt die Quellen dieser Unterstützungen an, welche sich auf eine Summe von Fr. 284,361. 58 beliefen, wovon Fr. 59,826. 42 auf die Schweizer im Auslande fallen. Obschon öffentliche Dankfagungen durch die tessinischen Behörden an die Geber gerichtet worden sind und der Bericht des Bundesrathes ebenfalls seinen Dank ausspricht, so findet die Kommission dennoch, es sei am Plage, auch in ihrem heutigen offiziellen Berichte die Erinnerung an die Großmuth niederzulegen, welche sich auf eine so glänzende Weise bei der Kalamität geäußert hat, wovon ein Theil der schweizerischen Bevölkerung betroffen wurde.

Die Kommission will sich nicht weiter über diese Frage ausbreiten, theils weil die auf das Berichtsjahr 1853 bezüglichen Thatsachen der Bundesversammlung schon zur Beurtheilung vorgelegt wurden, theils auch, deswegen, weil die auf den Beschluß vom 7. Februar folgenden Ereignisse dem laufenden Berichtsjahr angehören und die Versammlung sich übrigens wahrscheinlich in Folge eines Spezialberichts damit zu befassen haben wird. Sie beschränkt sich also darauf, zu sagen, daß nach den Erkundigungen, welche sie über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit eingeزogen hat, es scheinen möchte, als gehe dieselbe einer wenigstens theilweisen Lösung entgegen. Schon sind Erleichterungen in der ursprünglichen Strenge der Gränzsperre eingetreten, und wenn diese

Schwierigkeit beseitigt würde, so bliebe nur noch die Ausweisung der Tessiner aus der Lombarde, welche sich specieller, wie wir weiter oben gesehen haben, an die Ausweisung der Kapuziner knüpft.

Vom Anfange des Streltes an hat die Bundesbehörde einen Kommissär in dem Kanton Tessin gehalten. Derselbe hat die lobenswertheste Thätigkeit entfaltet und unbestreitbare Dienste geleistet; deßhalb glaubt auch die Kommission, das eidgenössische Kommissariat im Tessin verdiene die Zeugnisse, welche der Bundesrath ihm zu mehreren Malen gegeben hat.

Sie war auch berufen, die Rechnung seiner Geschäftsführung zu untersuchen und hat sich überzeugt, daß, obgleich die Ziffer der Ausgaben hoch erscheint, sie dennoch keinen Artikel enthält, der sich nicht vollständig in jeder Beziehung rechtfertiget. Dieses gesagt, erlaubt sich die Kommission, einzig den Gedanken auszudrücken, daß der Bundesrath ohne Zweifel nicht zögern werde, diese außerordentliche Sendung, so wie es die Umstände erlauben, zu beendigen; wohlverstanden, daß die tessinischen Behörden ihrerseits was von ihnen abhängt, thun werden, um einen Zustand der Dinge herzustellen, welcher der Schweiz bezüglich der Fremdenpolizei die nothwendigen Garantien darbietet.

Aus dem Berichte des Bundesrathes ergibt sich, daß der österreichische Geschäftsträger davon Anzeige machte, daß er ermächtigt sei, Unterhandlungen zur Erneuerung und den nöthigen Abänderungen des früher zwischen beiden Ländern bestehenden Vertrags über Auslieferung der Verbrecher zu eröffnen. Da sich das Bedürfniß, in dieser Beziehung etwas festzustellen, nicht bestimmt fühlbar machte, wird der Bundesrath in seiner Klugheit sehen, was darin, wenn der geeignete Augen-

blif gekommen sein wird, zu thun ist und die Grundsätze aufrecht erhalten, welche jetzt hinsichtlich dieser Angelegenheit bestehen.

Die Beziehungen mit den deutschen Staaten blieben bezüglich des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs auf einem Fuße des Wohlvernehmens. Aber einige von ihnen hielten es für Pflicht, die Reklamationen Oesterreichs zu unterstützen und Klagen bezüglich der Duldung politischer Flüchtlinge in der Schweiz anzubringen. Auf die von dem Bundesrath gemachten Mittheilungen hatte diese Angelegenheit keine weitere Folge.

Einige deutsche Regierungen glaubten (seiner Zeit), sich über das Bestehen von Arbeitervereinen in der Schweiz beschweren zu müssen, welche sie wegen der Grundsätze, die sie unter ihren Mitgliedern unterhalten, für gefährlich betrachteten. Diese Beschwerden wurden mit Recht für grundlos erkannt. Man wird sich erinnern, daß die Bundesbehörde schon 1850 sehr strenge Maßregeln gegen die Arbeitervereine ergriffen hat. Seither bestehen in der Schweiz keine andern, als solche, welche die sittliche und intellektuelle Bildung ihrer Mitglieder zum Zwecke haben und die allen Umtrieben einer kommunistischen oder revolutionären Propaganda fremd bleiben.

Dennoch fahren einige deutsche Regierungen, namentlich die von Sachsen und Baden fort, drückende Maßregeln gegen schweizerische Arbeiter und fremde Arbeiter, die in der Schweiz gerettet sind, anzuwenden. Im Großherzogthum Baden dauert das Reiseverbot für Arbeiter, welche in der Schweiz waren, fort. Im Königreich Sachsen wird das Verbot ohne Rücksicht, kraft einer Verordnung vom 18. Oktober 1852 angewendet. Es entstehen daraus häufige Plakereien für Schweizerbürger und ihre Klagen darüber ertönen öfters in öffent-

lichen Blättern. Schon im August des letzten Jahres wurde der Bundesrath eingeladen, alle nöthigen Schritte zu thun, um das Aufhören dieser Ausnahmsmaßregel so schnell als möglich zu bewirken.

Die Kommission glaubt, daß der Bundesrath noch mehr hätte darauf bringen, oder daß er wenigstens schneller hätte reklamiren sollen.

Erst am 25. Dezember 1853 wandte er sich aufs Neue an das Ministerium von Sachsen, um Abhülfe unserer Beschwerden zu erlangen; sein früherer Schritt geschah am 18. April 1852. Die Kommission hält daher dafür, daß eine Einladung, im gleichen Sinne wie die vorhergehende, neuerdings beschloffen werden sollte.

Die Beziehungen zu Frankreich erlitten während des ganzen Laufs des Berichtjahres nicht die mindeste Veränderung. Einige Reklamationen, bezüglich der Niederlassung der Israeliten, waren von keiner Bedeutung. Unterhandlungen sind unter Mitwirkung der Regierung des beteiligten Kantons eröffnet, um bezüglich des lange Zeit hängenden Streites über die Gränzbestimmungen auf Seite des Dappenthals zu einem Resultate zu gelangen. Zusammenkünfte haben stattgefunden und die Angelegenheit scheint diesmal in ein neues Stadium treten zu wollen, welches wenigstens die Möglichkeit einer Uebereinkunft durchblicken läßt.

Der Bundesrath bringt zur Kenntniß, daß einige untergeordnete Anstände, welche Korrespondenzen mit der sardinischen Regierung veranlaßten, auf gütliche Weise geregelt wurden. Er erwähnt unter anderm, daß in Beziehung auf den Postverkehr, das Telegraphenwesen, die Zollverhältnisse und Passvisa einige Beschwerden über Erhebung von Gebühren vorkamen, die mit dem Geiste der Verträge nicht ganz im Einklange stehen, oder

sonst zu fiskalisch erscheinen. Die Kommission ist überzeugt, daß es sich hier nur um minder wichtige Gegenstände handelt, welche alle in Ordnung gebracht worden sind, mit Ausnahme der Beschwerde über die Paßvisa. Diese rührt von der Regierung des Kantons Uri her, welche dem Bundesrathe den Fall eines Angehörigen ihres Kantons anzeigt, dessen Paß durch die sardinische Gesandtschaft in der Schweiz visirt war und der ihn zu Arona zum zweiten Mal visiren lassen und die Gebühren bezahlen mußte. Aber als er bei einem andern Bureau ankam, verlangte man zum dritten Male seinen Paß zu visiren, und nur mit Mühe konnte er sich davon freemachen. Der Bundesrath theilte diese Beschwerde der sardinischen Gesandtschaft mit, welche antwortete, daß ein Reglement von 1847 noch in Kraft sei, welches verfüge, daß das einem Reisepaß durch eine Gesandtschaft oder einen Konsul des Königs im Auslande ertheilte Visa den Träger nicht der Verpflichtung überhebe, im Innern der sardinischen Staaten sich dem Visa des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten oder der Provinzialintendanten zu unterwerfen. Das hat ohne Zweifel gegenüber der Person stattgefunden, welche die Beschwerde hervorgerufen hat, und der Regierung des Königs war es nicht möglich, dieses Recht aufzuheben oder eine Ausnahme zu Gunsten der Schweiz zu gestatten.

So geringfügig auch dieser Gegenstand ist, so wird doch nicht entgehen, daß ein doppeltes Visa vielen Personen lästig werden kann und daß es der Art ist, die Leichtigkeit des Verkehrs zwischen beiden Ländern zu erschweren. Die Kommission denkt, der Bundesrath werde diesen Gegenstand nicht aus dem Auge verlieren und wenn sich eine Gelegenheit zur Reklamation

gegen diese übertriebene Fiskalität darbietet, sie nicht entgehen lassen.

Die Vertretung der auswärtigen Staaten in der Schweiz hat einige Veränderungen erlitten, welche der Bundesrath in seinem Berichte anzeigt. Die Kommission erinnert bei dieser Stelle an den Beschluß des letzten Jahres, welcher von dem Bundesrathe einen Bericht darüber verlangt, ob es angemessen sei, in der diplomatischen Vertretung der Schweiz eine Veränderung vorzunehmen, um sie zu vervollständigen und zu erweitern.

Der Bundesrath sollte seinen Bericht mit Vorschlägen über die Feststellung des Ranges der schweizerischen diplomatischen Agenten, ihre Besoldung, Gebühren und Befugnisse im Allgemeinen begleiten.

Der Bericht über die Geschäftsführung während des Jahres 1853 enthält keine Antwort auf diese Forderung. Aber die Kommission ist überzeugt, daß der Bundesrath diesen Gegenstand nicht aus dem Auge verloren hat, was auch immer seine Meinung über das Wesentliche dieser Frage sein mag, und sie beschränkt sich daher darauf, aufs Neue derselben zu erwähnen.

Es verhält sich eben so bezüglich der Unterhandlungen mit den Vereinigten Staaten über die Ratifikation des Handels- und Niederlassungsvertrages, welcher zwischen beiden Ländern entworfen worden ist. Es wurde letztes Jahr eine Einladung an den Bundesrath erlassen, diese Angelegenheit ernstlich zu betreiben. Der Bericht erwähnt keiner Schritte, die zu thun für angemessen gehalten wurden; aber die Kommission hat die Ueberzeugung, daß er nichts versäumte, was von ihm abhängen konnte, den erwünschten Erfolg zu beschleunigen, und sie begnügt sich deshalb, das Vorhergehende in Erinnerung zu bringen.

Das Bureau des politischen Departements ist in vollkommener Ordnung geführt. Aber der Mangel eines Sekretärs hat zur nothwendigen Folge, die Arbeit und die Schreibereien des Departementsvorstandes bedeutend zu vermehren. Es ist allerdings wahr, daß einer der Angestellten der Bundeskanzlei einen Theil der Arbeit, welche dem Bureau obliegt, besorgt; aber diese Einrichtung genügt nicht, und die Kommission glaubte sich die Frage stellen zu können, ob der Bundesrath nicht bald die offene Stelle, in Anwendung des Art. 1 des Gesetzes vom 2. August 1853 besetzen sollte.

Im Ganzen beschränkt sich die Kommission darauf, den Antrag zu stellen:

„Der Bundesrath wird eingeladen, auf eine wirksame Weise die geeigneten Schritte zu thun, um so bald als möglich die von einigen deutschen Staaten gegen die Schweiz ergriffenen Ausnahmemaßregeln aufhören zu machen.“

II. Departement des Innern.

Bundeskanzlei.

Die Kommission hat mit vieler Aufmerksamkeit den Geschäftsgang auf der Bundeskanzlei untersucht, und sie macht es sich zur Pflicht, derselben öffentlich das Lob zu ertheilen, welches ihr mit allem Recht gebührt.

Die Kommission hält aber dafür, dieß dürfe nicht anders sein, indem die Bundeskanzlei im Mittelpunkte der Kantonskanzleien sich befindet, mit denen sie im häufigen Verkehre steht, denselben gewisser Maßen zum Muster der Ordnung, der Pünktlichkeit und des Fleißes dienen soll. Wenn sie gegenwärtig ihre Aufgabe voll-

ständig erfüllt, was die Kommission, ohne den geringsten Anstand zu nehmen, anerkennt, ungeachtet der Bemerkungen, die sie später machen wird; wenn sie über den andern Kanzleien steht, und zwar nicht nur durch ihre Stellung, sondern durch ihre Leistungen, so kann sie auf den Geschäftsgang der Kantonskanzleien, von denen mehrere noch einer alten Routine und frühern Traditionen folgen, einen wohlthätigen Einfluß ausüben.

Die Kommission hat daher mit wahrer Befriedigung, jedoch ohne Ueberraschung gefunden, daß alle Kontrollen der Bundeskanzlei vollständig nachgeführt und mit Ordnung und Reinlichkeit gehalten sind. Die Oberaufsicht und die gehörige Ueberwachung von Seite der obern Kanzleibeamten findet sorgfältig statt; auch verdient der Eifer und der Fleiß der Angestellten das größte Lob.

Die Organisation der Bundeskanzlei hat keine wesentliche Veränderung erlitten, seitdem sie im Monat Mai 1850 reglementarisch festgestellt wurde. Die Kommission ist übrigens im Falle, über einige besondere Punkte nachstehende Bemerkungen zu machen:

- a. Die Kollationirung der Protokolle der Bundesversammlung, nämlich des National- und Ständerathes wird vom Kanzler oder dessen Stellvertreter, so wie auch von den zwei Kanzleisekretären besorgt. Sie schreiben mit eigener Hand in die Protokolle und korrigiren ebenfalls eigenhändig die Fehler, welche sie finden. Diese Verfahrungsweise schadet aber der Reinlichkeit der Bücher, und die dießfällige Mühe ist nicht unbedeutend. Es wäre daher jedenfalls zu wünschen, daß die Verbesserung der Fehler (und dieses gilt auch vom Bundesrathsprotokoll) von der Hand desjenigen gemacht würde, der die Reinschrift der Protokolle besorgt hat, und daß von

der Kollationirung in einem zu diesem Behufe bestimmten Buche einfach Vormerkung geschähe.

- b. Es wäre zu wünschen, daß die Berichte, Botschaften, Anträge und Entwürfe, welche in verschiedenen Protokollen erscheinen, in chronologischer Ordnung am Schlusse der Bände als Beilagen beigelegt würden, anstatt daß sie an dem Orte der Protokolle eingehesftet werden, wo der auf den Gegenstand bezügliche Beschluß sich befindet. Auf die angegebene Weise würden die Protokolle an Einfachheit und praktischerem Gebrauche gewinnen.
- c. Der Bericht, den der Kanzler, nach Art. 15 des Reglements über die Kanzlei, an den Bundesrath zu erstatten hat, ist von der Kommission geprüft worden; sie hat denselben etwas lakonisch gefunden, und sie wünscht deswegen, daß derselbe in Zukunft unter Anderm auch einige Aufschlüsse über die Kanzleiausgaben, besonders über die Druckkosten, das Bundesblatt und die amtliche Gesetzesammlung enthalte.
- d. Die Registratur ist das Wichtigste in jeder Kanzlei.

Diejenige auf der Bundeskanzlei ist im Ganzen sehr gut geführt, in der Regel dreifach, nominal, real und lokal gehalten, und wir können auch über die Ordnung und Treue, womit sie vom gegenwärtigen Registrator besorgt wird, unsere Anerkennung aussprechen.

Nur in einer Beziehung können wir die Registratur nicht vollkommen billigen: sie ist nämlich unter den einzelnen Anfangsbuchstaben oder Schlagwörtern nicht streng alphabetisch geordnet, in so weit z. B. der gleiche Gegenstand mit dem gleichen Anfangsbuchstaben oder Schlagwort auf verschiedenen Blättern und Seiten

des Registers, statt an gleicher einziger Stelle desselben mit allen darauf bezüglichen und bei- und nach- einander aufgeführten Nummern erscheint. Es ist dieses nach unserm Dafürhalten ein etwelcher Uebelstand, auf welchen wir den Kanzleivorstand und den Registrator aufmerksam gemacht haben. Freilich müßte, wenn ihm abgeholfen werden soll, das Register, wie es auf manchen Kantonskanzleien geschieht, nach jedem Jahresabschlusse zerschnitten, streng alphabetisch zerlegt und aufgepappet und sodann erst rein abgeschrieben werden. Dieses Verfahren verursacht natürlich einige Mühe, die indessen in Nebenstunden und in Zeiten, wo die Arbeiten weniger drängen, genommen werden kann. Die größere Uebersichtlichkeit jedoch und der leichtere Nachschlag in den Registern, der eine Frucht und ein Gewinn jener Mühe wäre, dürfte wenigstens für die Bundeskanzlei ein Grund sein, in Erwägung zu ziehen, auf welche Weise unserer Anregung angemessene Nachachtung zu geben sei.

Dem Vorstehenden fügen wir noch folgende Bemerkung bei:

Bei Durchsicht des bundesrätlichen Korrespondenz- oder Missivenbuches hat die Kommission sich überzeugen können, daß die nöthige Kontrolle nicht überall gleichmäßig bei allen Aktenstücken geübt wird. Das genannte Buch enthält nämlich eine sehr große Anzahl französischer Schreiben an Kantonsregierungen, an auswärtige, bei der schweizerischen Eidgenossenschaft akkreditirte Minister, oder an Schweizerkonsuln im Auslande. Nun sind aber diese Schreiben oft unexakt abgeschrieben worden, was auf einer Kanzlei, wo Ordnung und Reinlichkeit in den Skripturen herrscht, nicht vorkommen sollte.

Bei diesem Anlasse muß die Kommission auch der von der Bundeskanzlei veranstalteten Uebersetzungen, haupt-

tächlich der französischen erwähnen. In einem Theile der Schweiz sind häufige Klagen laut geworden wegen Mangelhaftigkeit der Uebersetzungen, über die man noch hinweggehen könnte, wenn sie nicht dem Geiste des Inhaltes schaden und bei Anwendung der Geseze Schwierigkeiten verursachen würden.

Dieses muß besonders auffallen, wenn man die gegenwärtigen Aktienstüke mit denjenigen einer andern Periode unserer Geschichte vergleicht, wo der Gebrauch der französischen Sprache in den von der Administration ausgehenden Schreiben ebenfalls vorgeschrieben war.

Die Kommission ist der Ansicht, dieser Gegenstand sei wichtig genug, daß man ihm alle Aufmerksamkeit schenke, und sie hofft, der Bundesrath werde nichts versäumen, was von ihm abhängt, um dem gerügten Uebelstande abzuhelfen.

Die Untersuchung des Bundesrathsprotokolls hat der Kommission zu einer Bemerkung anderer Art Anlaß gegeben, indem das genannte Protokoll eine Menge unwichtiger Gegenstände enthält, mit denen der Bundesrath sich befaßt hat.

Dieses führte auf die Vermuthung, es werden gegenwärtig im Schooße des Bundesrathes Gegenstände von geringem Belange behandelt, die ganz füglich dem einen oder andern der Departemente zugewiesen werden könnten, und wodurch schnelle Erledigung der Geschäfte erzielt würde. Wenn auf diese Weise der Bundesrath der Sorge um so geringfügige Sachen enthoben wäre, so könnte er dafür mehr Zeit den wichtigen Geschäften widmen, und man erhielte zugleich eine der Natur und dem Grade der Wichtigkeit angemessere Geschäftsvertheilung. Zu diesem Behufe dürfte der Bundesrath bloß

einen ausgedehnteren Gebrauch von der Kompetenz machen, die ihm der Art. 22 des Gesetzes über die Organisation einräumt.

Departementskanzleien.

Das Protokoll über die Geschäfte des Departements des Innern wird mit Sorgfalt geführt; es erscheinen aber in demselben Sachen aufgenommen, welche für die Administration von keiner Bedeutung sein können.

Die Skripturen und verschiedenen Kontrollen der übrigen Departemente sind im Allgemeinen auch in guter Ordnung, ganz nachgeführt und in's Reine geschrieben. Bei Durchsicht der Kontrollen ist aber deren Verschiedenheit und die Art ihrer Führung auf den Departementen der Kommission äußerst aufgefallen.

Sie will jedoch nur beim ersten Punkte stehen bleiben. Früher schon wurde verlangt, daß die Skripturen der Departemente mit denen der Bundeskanzlei in Uebereinstimmung gebracht werden; jetzt aber kann die Frage gestellt werden, ob es nicht zweckmäßig wäre, die Skripturen der verschiedenen Departemente unter sich in Einklang zu bringen, indem die einen mehr, die andern weniger Kontrollen führen. Ohne jedoch alle streng der nämlichen Regel unterwerfen zu wollen, dürfte es doch vielleicht am Platze sein, gewisse reglementarische Bestimmungen aufzustellen, denen dann nach Möglichkeit nachgekommen werden müßte. Die Kommission möchte daher die Aufmerksamkeit des Bundesrathes auf diesen Gegenstand hinlenken.

reau in seinem Spezialbericht über den jetzigen Zustand der Archive die Gründe an, welche vorzüglich in der Weisläufigkeit und Schwierigkeit der Arbeit liegen, ferner in den vielen zur Ausfüllung der Lücken nothwendigen Nachsuchungen und in der Nothwendigkeit einer neuen Eintheilung der Rubriken und daherigen Umarbeitung, endlich in der Zeit, die das Bureau gebrauchte, um den Reklamationen von Kantonsregierungen und Partikularen im öffentlichen Interesse zu entsprechen.

In voller Anerkennung dieser Gründe, so wie des Fleißes, den das Bureau bewiesen hat, bedauert dennoch die Kommission, daß dem Bundesbeschlusse vom 5. August 1853 keine Folge gegeben werden konnte, und sie ist daher der Ansicht, es müsse eine neue Einladung im gleichen Sinne erlassen werden, worin das Ende des laufenden Jahres als peremptorische Frist für die Vollendung des Hauptplans über die eidgenössischen Archive anzusetzen wäre.

Atlas der schweizerischen Bevölkerung.

Der zweite Theil dieses Werkes wird die Presse bald verlassen; die deutsche Ausgabe davon ist bereits gedruckt, und der dritte Theil rückt auch ordentlich vorwärts. Die Kantonsregierungen haben dazu die von ihnen verlangten Aufschlüsse geliefert und durch ihre Mittheilungen konnten bestimmtere Resultate über die Bevölkerung gegeben werden. Da aber nicht alle Kantone im Besitze vollständiger Daten sind, während andere solche erst sammeln müssen und darauf dann mittheilen können, so hat sich die Kommission die Frage gestellt, ob es nicht im Interesse der Sache läge, daß das Departement mittels Formularien, die es den Kantonen übermachen würde

zung gestellten Lokals, hat dasselbe die Arbeit dennoch tüchtig gefördert. Die Aktenstücke von jener Periode befanden sich in der größten Unordnung und es zeigten sich darin beträchtliche Lücken, hauptsächlich in den Protokollen. Zuerst wurde die Revision und die Einregistrierung des Justizministeriums vollendet; darauf kam das Ministerium der Finanzen, welches viele Schwierigkeiten darbot, vorzüglich der Zahlen wegen, so wie auch wegen der Verschiedenheit der betreffenden Aktenstücke und der Unordnung, in welcher sie sich befanden. Mit wahrer Befriedigung hat sich die Kommission von dem Fortschreiten der im genannten Archive gemachten Arbeiten überzeugt. Der Anblick, den dasselbe gegenwärtig gewährt, ist schon ganz verschieden von demjenigen, den es vor Kurzem noch darbot, und es ist zu wünschen, daß in einer Zeit, welche zwar nicht wol bestimmt werden kann, die sich aber nicht über ein Jahr hinaus erstrecken sollte, die Instandstellung der Archive und die Bearbeitung des Generalrepertoriiums vollendet sein werde.

3) Die eidgenössischen Archive von 1803 bis 1848 erheischen auch eine Reorganisation. Die Bundesversammlung faßte daher letztes Jahr einen bestimmten Beschluß, bezüglich der Beförderung der Arbeiten in den Archiven, und sie drückte die Erwartung aus, daß im Laufe dieses Jahres ein vollständiges und gedrucktes Register über die eidgenössischen Archive von den Jahren 1803 bis 1813, von 1813—1832 und von 1832—1848 erscheinen könnte. Die Kommission überzeugte sich bei ihrer Besichtigung der eidgenössischen Archive, und überdies geht es auch aus dem bundesrätlichen Geschäftsberichte hervor, daß die Anfertigung und Veröffentlichung dieses Generalinventars seinem Endpunkte noch nicht nahe ist. In Beziehung auf diesen Rückstand gibt das Archivbü-

Blatte weggelassen würden, indem sie für dasselbe von keinem Vortheile sind und den größten Theil der Schweiz nicht interessiren. Den hier angeführten Uebelständen abzuhelpfen, wird übrigens nicht schwer halten.

Die Abonnentenzahl des französischen Bundesblattes hat sich vermehrt, diejenige des deutschen aber (um 20) vermindert. Jene Abonnentenzunahme kommt von einer Regierung der französischen Schweiz her, welche, um andere Druckkosten zu ersparen, mehr als 200 Exemplare des französischen Bundesblattes bestellte, die sie in ihrem Kantone vertheilen läßt.

Archive.

1) Die Bearbeitung der Repertorien der ältern Abschiede ist auf der früher angenommenen Basis fortgesetzt worden, ohne daß man jedoch große Fortschritte dabei wahrnehmen könnte. Dieses kommt nach dem Berichte des Bundesrathes daher, weil die Redaktoren, von denen fast alle ihre Zeit in zweierlei Beschäftigung zu vertheilen haben, sich diesem Werke nicht so widmen können, wie dieß zu wünschen wäre. Der Geschäftsbericht des Bundesrathes gibt übrigens genau das Stadium an, in welchem sich gegenwärtig diese Arbeit befindet.

2) Die Vereinigung, die Klassifikation und die Inventarisirung der helvetischen Archive haben merkliche Fortschritte gemacht. Im Monat Februar v. J. ließ der Bundesrath die Stellen eines Archivariatsgehilfen und eines Kopisten ausschreiben, um Ordnung in die Archive zu bringen. Die hiefür Gewählten haben dann im Monat Mai ihre Arbeit begonnen und das Generalrepertorium fortgesetzt, welches von Herrn Meyer von Knouau bereits angelegt worden war. Ungeachtet der Mangelhaftigkeit des diesem Bureau zur Verfü-

Bundesblatt. Amtliche Gesetzesammlung.

Bei Anlaß der Prüfung der Geschäftsführung im Jahr 1852 wurde der Bundesrath von der Bundesversammlung eingeladen, dafür besorgt zu sein, daß das Bundesblatt in Bezug auf Inhalt und Form verbessert und für den Gebrauch praktischer gemacht werde.

Die Kommission anerkennt, daß dieser Einladung in gewissen Punkten, nicht aber in allen nachgekommen worden ist. So enthält z. B. die amtliche Gesetzesammlung noch eine Unvollkommenheit, der jedoch leicht abgeholfen werden kann. Sie besteht nämlich darin, daß man, statt eine gehörige Ordnung, sei sie chronologisch oder materiell, bei der Veröffentlichung der Aktenstücke, welche in der Gesetzesammlung erscheinen, zu befolgen, in dieselbe die Aktenstücke ohne genügende Klassifikation aufnimmt. Es scheint zwar, man bestrebe sich, die chronologische Reihenfolge inne zu halten; allein dieß geschieht nur unvollständig, indem man die Aktenstücke durch einander mischt, so daß bisweilen solche von sehr altem Datum nach andern von weit neuern Daten veröffentlicht werden, woraus dann eine Unordnung entsteht, die sich auch in diejenigen Gesetzesammlungen hinüberträgt, welche von den Regierungen einiger Kantone veranstaltet werden.

Man findet eben so nicht selten Fehler im Bundesblatte, vorzüglich in dem der französischen Ausgabe; auch wird letzteres nicht immer regelmäßig spedirt.

Die Kommission hält dafür, das Bundesblatt solle fortbestehen, aber stets verbessert werden. Es wäre vielleicht auch gut, wenn die Anzeigen, welche die eidgenössische Administration nicht betreffen, aus dem Bundes-

und die diese dann nur auszufüllen brauchten, mehr Zusammenhang und Gleichförmigkeit in das Sammeln von Materialien brächte, deren Eingang ohne Unterbruch zur Vollendung der Statistik der Schweiz nothwendig ist.

Ausstellung von Kunst- und Industrieprodukten.

Die Schlußrechnung der schweizerischen Zentralkommission bei der Industrieausstellung in London ist erst im verflossenen Jahre abgeschlossen und bereinigt worden. Es wäre zu wünschen gewesen, der Geschäftsbericht hätte eine Uebersicht dieser Rechnung gegeben, weil jetzt deren Zahlen definitiv festgestellt sind.

Mit nicht geringem Erstaunen hat die Kommission vernommen, daß derjenige Delegirte bei der Industrieausstellung zu London, welcher letztes Jahr schon mit seinem Berichte im Rückstande war, denselben immer noch nicht dem Bundesrathе zugestellt hat. Um nicht weiterer Verzögerung sich auszusetzen, mußte man den vom andern Abgeordneten verfaßten Bericht mit demjenigen der Kommission herausgeben, was nun aber ein unvollständiges Werk ist.

In letzter Zeit hat sich überall ein großer Aufschwung im Gebiete der Künste kund gegeben, und diejenigen Länder, welche als der Herd der Industrie angesehen werden, so wie die Hauptagenten des Handels haben in dieser Richtung durch große Ausstellungen von Kunst- und Industrieprodukten den Nationalgeist noch mehr zu entwickeln gesucht. Wir wollen den Nutzen davon nicht darthun, da derselbe in der Schweiz hinlänglich anerkannt ist. Seit Langem haben bei uns sowol Gesellschaften, als auch die Regierungen einiger Kantone die Initiative ergriffen und sind auf dieser Bahn der Auf-

munterung vorangeschritten; allein sie konnten entweder nicht über hinlängliche Mittel verfügen, oder opferten für den Zweck nur unzureichende Summen. Niemand würde gegenwärtig vom Bunde das Unternehmen eines solchen Werkes verlangen wollen. Allein da ziemlich beträchtliche Posten im Interesse unserer Industriellen, behufs der Ausstellung in London, auf's Budget getragen wurden, so darf man wol fragen, ob es nicht vortheilhaft wäre, die Nationalausstellungen zu ermuthigen, was mit kleinen Beiträgen aus der Bundeskasse geschehen könnte. Die Kommission stellt deshalb zwar keinen Antrag, sondern sie beschränkt sich bloß auf ihre Bemerkung und überläßt es dem Bundesrath, diese Angelegenheit einer nähern Prüfung zu unterwerfen.

Anträge.

1) Der Bundesrath wird eingeladen, dafür zu sorgen, daß alle Verbesserungen, die in der Bundeskanzlei noch zu wünschen sind, namentlich in Bezug auf die Führung der Register, nach und nach eingeführt werden.

Er wird auch darüber wachen, daß über alle Skripturen eine gleichmäßige Kontrolle geführt und daß die Uebersetzungen mit Genauigkeit und in Uebereinstimmung mit der Wichtigkeit der Aktenstücke, die von der eidgenössischen Verwaltung ausgehen, gemacht werden.

2) Der Bundesrath wird eingeladen, zu untersuchen, ob es nicht zweckmäßig wäre, durch reglementarische Bestimmungen eine Gleichmäßigkeit in der Führung der Kontrollen auf den verschiedenen Departementen einzuführen, wobei jedoch die Verschiedenartigkeit der dort vorkommenden Geschäfte zu berücksichtigen ist.

3) Der Bundesrath wird eingeladen, dafür zu sorgen, daß die Veröffentlichung von Aktenstücken in der amtlichen Gesetzesammlung in gehöriger, chronologischer Ordnung geschehe.

4) Die Bundesversammlung verlangt neuerdings, daß das Register über die eidgenössischen Archive mit aller Beförderung gemacht werde, und sie setzt hiefür das laufende Jahr als peremptorische Frist an.

III. Justiz- und Polizeidepartement.

Ehe wir zu einer Würdigung der besonderen Geschäfte des Justiz- und Polizeidepartements übergehen, erfüllen wir gerne eine Pflicht, indem wir dem musterhaften Eifer, der Gründlichkeit und der Beförderung, womit dasselbe die ihm überwiesenen Gegenstände, theils zur Berathung und Entscheidung durch den Bundesrath diesem vorgelegt, theils von sich selbst aus erledigt hat, unsere vollste Anerkennung werden lassen. Wir haben die Protokolle des Departements einer genauen Prüfung unterstellt, und uns von Blatt zu Blatt von der großen Gewissenhaftigkeit überzeugt, welche dasselbe bei Behandlung der wichtigsten, wie der geringfügigsten Angelegenheiten, bei Fragen von hoher, allgemeiner Bedeutung und bei Fragen von bloß persönlichem Interesse geletet hat. Blicken wir überhaupt in den wirren und fast rechtslosen Zustand zurück, in welchem sich die Eidgenossenschaft in Bezug auf das Justiz- und Polizeiwesen vor der Einführung der neuen Bundesverfassung befunden hat, so gewährt dagegen ein Blick auf die Verhältnisse der Gegenwart im Gebiete der Rechtspflege und der Polizei große Befriedigung und Trost. Das Departement hat durch seine Thätigkeit, die es im abgelaufenen Jahre entwickelt

hat, einen redlichen Theil dazu beigetragen, daß die Erkenntniß des besseren Rechtszustandes im schweizerischen Bundesleben immer tiefer gehe und zur allgemeinen Ueberzeugung des Volkes werde. Wir halten eine solche Ueberzeugung für einen unschätzbaren Gewinn; sie mehrt und stärkt die Liebe zu dem neuen Bunde und zu dem Vaterlande überhaupt, und ist vor Allem aus geeignet, ein sicheres Mißbehagen ferne zu halten, das sich gewiß, und wenn auch oft spät, des Volkes bemächtigt gegen Zustände, welche ihm keine Gewähr für eine prompte und redliche Justiz, wie für eine gute polizeiliche Ordnung bieten.

Nach dieser kurzen und allgemeinen Bemerkung geht Ihre Kommission zu speziellen Aushebungen über.

I. Justiz.

Das Departement war während des ganzen Amtsjahres 1853 in der angenehmen Lage, sich mit der Entwurfung neuer Bundesgesetze nicht beschäftigen zu müssen; es konnte daher die Zeit ungetheilt seinen übrigen Geschäften zuwenden. In den einzigen Gesetzesvorschlag über ein verändertes Verfahren bei Zollübertretungen, welchen der Bundesrath mit Botschaft vom 30. Dezember v. J. an die Bundesversammlung einbegleitet hat, ist diese nicht eingetreten. Es liegt nicht im Rechte Ihrer Kommission, die Gründe, welche die Bundesversammlung dabei geleitet haben, ihrer Kritik zu unterwerfen; so viel steht indessen fest, daß die Uebelstände, welche nach dem Amtsberichte des Bundesrathes den letztern, und zwar gerade auf wiederholte Anregungen der Bundesversammlung selbst und auf die Wünsche des Bundesgerichts, zur Einreichung jenes Gesetzesvorschlags bewogen haben, noch fortbestehen. Von dem Umstande, ob sie sich wesent-

lich mindern oder mehrern, wird es abhängen, ob sich die Bundesversammlung mit dem gleichen Gegenstande früher oder später wieder zu beschäftigen haben werde; jedenfalls wird der Bundesrath in seiner Eigenschaft als oberste Verwaltungsbehörde, ungeachtet des ersten Entscheides der Bundesversammlung, gut thun, und eine bloße klare Pflicht erfüllen, wenn er den Gegenstand nicht aus dem Auge läßt und neue Vorschläge hinczubringt, sobald sich dafür ein dringendes Bedürfniß noch mehr herausstellen sollte.

Der Bundesrath führt in seinem Amtsberichte sechs- zehn erheblichere Fälle auf, bei welchen er, indem er in Kürze die faktischen Vorlagen vorausschickt, darlegt, nach welchen staatsrechtlichen Grundsätzen er dabei verfahren sei und von welchen rechtlichen Motiven er sich bei ihrer Entscheidung habe leiten lassen. Es gereicht uns zum Vergnügen, darüber bemerken zu können, daß wir in Bezug auf sämtliche angeführte Entscheidungen mit der rechtlichen Anschauung und Erledigung derselben einverstanden seien. Der Bundesrath hat gut gethan, daß er jene Fälle in der Weise, in welcher es geschehen, in seinem Amtsberichte vorgeführt hat, weil gerade diese Art der Berichterstattung geeignet ist, die Grundsätze der Bundesverfassung und das öffentliche Recht des neuen Bundes, sowol von Seite der kantonalen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden zu richtigem Verständnisse und gesunder Anwendung zu bringen, als auch ein Heer von Rekursen an den Bundesrath von Seite der Privaten selbst abzuschneiden.

Am Schlusse des Abschnitts, in welchem der Bericht des Bundesrathes die „staatsrechtlichen Verhältnisse“ berührt, spricht sich derselbe mit gutem Grunde gegen eine gewisse „privilegirte Stellung“ aus, welche in einzelnen

Kantone der Eidgenossenschaft „die Gerichte der Bundesverfassung gegenüber“ eingenommen haben. Jene kantonalen Gerichte gehen nämlich von der Ansicht aus, daß da und so lange, wo und als die Kantonalgesetze mit den Bestimmungen der Bundesverfassung in ganzem oder halbem Widerspruche stehen, die kantonalen Gerichte so verpflichtet, wie berechtigt seien, die Kantonsgesetze festzuhalten, zur Anwendung zu bringen, und darnach, selbst wenn die Bundesverfassung sehr klar dagegen lauten würde, ihre Entscheidungen zu fassen und zu fällen. Jene Gerichte beziehen sich nämlich, indem sie in solchen Fällen die Gesetze der Kantone über die Grundsätze der Bundesverfassung stellen, auf den zweiten Satz im Art. 4 der „Uebergangsbestimmungen“ der letztern, wornach „bloß diejenigen Bestimmungen der Kantonalverfassungen, welche mit den Bestimmungen der Bundesverfassung im Widerspruche stehen, vom Tage an, mit welchem diese letztere als angenommen erklärt“ worden, „aufgehoben“ worden seien. Ihre Kommission hält mit dem Bundesrath dafür, es lasse sich diese von einigen Gerichten, namentlich der Ostschweiz, vertretene Rechtsanschauung in keiner Weise und von keinem rechtlichen Gesichtspunkte aus vertheidigen und begründen. Hat der angeführte Art. 4 die der Bundesverfassung widersprechenden „Vorschriften der Kantonalverfassungen aufgehoben“ erklärt, so sollte es sich doch wol von selbst verstehen, daß auch die der Bundesverfassung widersprechenden Kantonalgesetze, vom Tage der Gültigkeit der erstern an, als außer Kraft getreten zu betrachten seien, und daß es, wie in der klaren Pflicht der Kantonsregierungen, ebenso in jener der Kantonsgerichte liegen müsse, die neueren Grundsätze der Bundesverfassung und nicht ältere widersprechende Bestim-

mungen von kantonalen Gesetzen zu befolgen, und sich von jenen und nicht von diesen in vorkommenden Fällen leiten zu lassen. Die Kommission hält dafür, es sei eine sehr klare und ebenso ernste Aufgabe des Bundesrathes, den gerügten Erscheinungen mit aller Energie und im bestverstandenen Interesse des neuen Bundes entgegen zu treten, sei es, daß er bei jedem einzelnen zu seiner Kenntniß gelangenden Falle den Vollzug von solchen kantonalen Urtheilen, in welchen die Kantonsgesetze auf die Füße, die Bundesverfassung aber auf den Kopf gestellt wird, geradezu untersagt und bindert, sei es, daß er es für angemessen erachte, die sämmtlichen Kantone aufzufordern, ihre mit der Bundesverfassung und der Bundesgesetzgebung im Widerspruche stehenden Kantonsgesetze, auf dem ordentlichen Wege und innerhalb eines bestimmten Termins, mit der erstern in Einklang zu bringen. Wir wollen es gerne unterlassen, hierüber einen bestimmten und genau formulirten Antrag zu stellen; es geschieht dieß jedoch in dem Vertrauen, daß der Bundesrath von sich aus die rechten Wege und Mittel finden und rechtzeitig betreten und anwenden werde, um der Bundesverfassung auch von Seite der kantonalen Gerichte Achtung zu verschaffen. Die gerügte Erscheinung ist unsers Erachtens immerhin in hohem Maße der Aufmerksamkeit derjenigen obersten Bundesbehörde werth, welche nach Art. 90 der Bundesverfassung die Beobachtung derselben zu überwachen und die Bundesgesetze zu vollziehen hat.

Ueber die im Laufe des Jahres 1853 zur Beurtheilung gekommenen Vergehen und Verbrechen hat die Kommission nichts zu bemerken; sie kann einfach auf die einschläglichen Aushebungen im bundesrätlichen Amtsberichte verweisen. Es genügt die Angabe, daß sämmtliche dar-

über geführte Untersuchungen, wie sich die Kommission überzeugt hat, in der besten Ordnung auf dem Justiz- und Polizeidepartement selbst aufbewahrt werden.

In Bezug auf die fiskalischen Uebertretungen, namentlich bezüglich auf das Zollgesetz, dient zur Erklärung der Bewegung, welche sich im Winter dieses Jahres besonders vom Kanton Genf aus gegen den Gesetzesvorschlag über ein verändertes Verfahren bei Zollübertretungen geltend gemacht hat, die sehr klar und deutlich sprechende Thatsache, daß mehr als der dritte Theil sämtlicher, vom Generalanwalte behandelter Zollübertretungen auf den gleichen Kanton und daß überhaupt mit Ausnahme von sechs Fällen alle übrigen auf die drei westlichen Kantone Genf, Bern und Solothurn fallen.

II. Polizei.

Im Gebiete der Polizei hatte früher bekanntlich die Flüchtlingsangelegenheit fast alle Zeit und Thätigkeit des Justiz- und Polizeidepartements in Anspruch genommen. Seitdem die schwierigsten Fäden derselben abgerollt sind, ist an ihre Stelle in Folge des Gesetzes vom 18. Dezember 1850 die Heimathlosenangelegenheit getreten.

Es konnte begreiflich nicht Sache des Departements selbst sein, die dießfälligen Untersuchungen zu leiten; seine Aufgabe war, die Angelegenheit zu überwachen, und von seiner höhern Stelle aus die Thätigkeit des Generalanwalts zu unterstützen. Wir haben den Amtsbericht des letztern geprüft und uns von ihm noch persönlich über den ganzen Umfang seiner Amtsthätigkeit Aufklärung geben lassen. Wir unterließen auch nicht, uns auf seinem Bureau vom Stande der Geschäfte und von der Art und Weise ihrer Erledigung zu überzeugen.

Wir haben dabei die Wahrnehmung gemacht, daß sich die amtliche Thätigkeit des Generalanwalts wesentlich auf die Heimathlosenangelegenheit fixirt habe, und wir sind im Falle, auf unsere eigene Prüfung und Anschauung hin, über den Pflichteifer und die Amtstreue desselben unsere Befriedigung und Anerkennung auszusprechen. Die Untersuchungsergebnisse in der Heimathlosenangelegenheit, welche der Amtsbericht des Bundesrathes aushebt, und auf die wir daher hier einfach verweisen, sind vollkommen befriedigend. Die Gründlichkeit, mit welcher das Departement, namentlich auch in dieser Sache, seine Anträge an den Bundesrath vorzubereiten pflegt, verdient unsere vollste Anerkennung, und sie stellt sich vor Allem in der Thatfache heraus, daß bis zum Zeitpunkte unseres heutigen Berichts die meisten Entscheidungen des Bundesrathes, mittelst welchen er nach Anleitung des Gesetzes vom 3./18. Dezember 1850 nicht weniger als 107 Personen den Kantonen zur Einbürgerung zugetheilt hat, von den betreffenden Kantonsregierungen anerkannt worden sind, so bitter auch, nicht selten, die Pillen für die Sünden alter Unordnung im Polizeiwesen schmecken mochten.

Mit Recht hat das Justiz- und Polizeidepartement dem Vagantenwesen seine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Es bildet dasselbe die erste und reichste Quelle der Heimathlosigkeit. Je strenger und schärfer dasselbe überwacht wird, desto mehr mindert sich die letztere. Der Generalanwalt führt darüber ein besonderes Vagantenverzeichnis; es ist zwar zur Zeit noch nicht in gehöriger äußerer Ordnung und Form zusammengestellt, wird aber im Laufe dieses Jahres seine ganze Bereinigung erhalten. Aus demselben ergibt sich, daß im Jahr 1853 im Ganzen 67 Vaganten theils an das Ausland, theils an

einzelne schweizerische Kantone, der großen Mehrheit nach an jenes, abgeschoben worden sind. Während auch in solchen vorkommenden Fällen das königlich-württembergische Ministerium den Bemühungen des Bundesrathes in freundschaftlicher Weise und mit großer Loyalität entgegen zu kommen sich zur Regel machte, waren dagegen weit größere Schwierigkeiten zu überwinden, wenn es sich darum handelte, ihm heimathrechtlich angehörige Vaganten an das Großherzogthum Baden abzuschieben.

Das Verzeichniß, welches der Generalanwalt über die durch Beschlüsse des Bundesrathes den Kantonen zur Einbürgerung zugewiesenen heimathlosen Personen führt, hat die Kommission in der Form, Genauigkeit und Uebersichtlichkeit sehr befriedigt. Es ist vollständig nachgetragen und leistet den Ausweis, daß bis zum gegenwärtigen Augenblick 224 Heimathlose festgestellt und den Kantonen zur Einbürgerung zugetheilt worden seien.

Der Generalanwalt führt weder über seine Verfügungen, welche er innert seinem Pflichten- und Kompetenzkreise zu treffen hat, noch über seine Missive ein Protokoll. Die erstern wie die letztern werden einfach in chronologischer Ordnung den betreffenden Aktenfaszickeln oder Heften beigelegt. Der Generalanwalt hält über alle seine Geschäfte bloß eine Ein- und Ausgangskontrolle, die jener der Bundeskanzlei und der einzelnen Departemente, so weit es die Natur der Geschäfte erlaubt, wesentlich gleich sieht. Die Kommission billigt dieses Verfahren, da es bei guter Ordnung allseitig genügt und tausenderlei kleinere Nebenmühen unnöthig macht.

Auf Seite 77 seines Amtsberichts spricht der Bundesrath die Ansicht aus: es müsse als eine Lücke des Gesetzes über die Heimathlosigkeit betrachtet werden, daß nicht eine Frist angesetzt sei, innert welcher die Kantons-

regierungen sich zu erklären haben, ob sie die vorläufigen Entscheidungen des Bundesrathes, womit den Kantonen Heimathlose zur Einbürgerung zugetheilt werden, an das Bundesgericht ziehen oder sich denselben unterwerfen wollen. Die Kommission theilt die Ansicht des Bundesrathes nicht vollkommen. Es ist zwar richtig, daß der Art. 14 des Gesetzes vom 3./18. Dezember 1850 mit ausdrücklichen Worten bloß für die Einbürgerung eine Jahresfrist festsetzt und den Bundesrath ermächtigt, bei besonderen Verhältnissen oder Schwierigkeiten eine Fristverlängerung zu gestatten; es kann dagegen nicht widersprochen werden, daß sich die Kantonsregierungen vor dem Zeitpunkte der ihnen mitgetheilten bundesrätlichen Entscheidung an, womit ihnen eine Einbürgerung zuerkannt wird, nicht selten im Falle befinden, erst daraufhin noch viele und langwierige polizeiliche Erkundigungen einzuziehen, um sich, was ihnen wol kaum verargt werden kann, zu überzeugen, ob sich gegen die vorläufige bundesrätliche Entscheidung im gegebenen Falle mit wahrscheinlichem Erfolge ein Refurs an das Bundesgericht ergreifen lasse. Eine Erklärung von Seite der Kantone vor Umlauf einer Jahresfrist darüber, ob sie eine Entscheidung des Bundesrathes anerkennen, oder dieselbe an das Bundesgericht ziehen wollen, dürfte auch schon darum nicht als geradezu nothwendig erachtet werden, weil ja ohnehin so fort, sobald der Bundesrath über die Zuthellung entschieden hat, die zugetheilten Personen dem betreffenden Kantone zugeführt oder überwiesen, von dem letztern provisorisch geduldet und, im Falle des Bedürfnisses, die Pflege und Verköstigung derselben übernommen werden müssen. Die Sache findet daher ihren ordentlichen Gang, ohne daß es nöthig erscheint, das schweizerische Volk und seine Behörden mit einer

Novelle zum Bundesgesetze über die Heimathlosigkeit zu beschlehen. Uebrigens steht es ja sowol dem Bundesrath, wie dem jeweilen mit den Heimathlosenangelegenheiten betrauten Departemente jederzeit frei, in solchen wie in andern Dingen an die Kantone zu rechargiren.

In Betreff der Flüchtlinge haben wir bloß einen Punkt zu berühren. Obwohl die Kommission großen Werth darauf setzt, daß das im Begriffe und Wesen einer selbstständigen Nation liegende Recht, politisch Verfolgten und Flüchtlingen die Luft, das Licht und die Wohlthat eines freien, ruhigen Lebens zu gewähren, jederzeit festgehalten werde, so kann sie dennoch die Ansicht des Bundesrathes nur unterstützen, daß solchen Flüchtlingen, welche aus erheblichen Gründen auf Kosten des Bundes in ein anderes Land abgeschoben worden sind, die Rückkehr in der Regel nicht mehr gestattet werde. Der Bundesrath wird gut thun, nach dieser Regel auch in der Zukunft zu verfahren, ohne sich dabei dem Vorwurfe unnöthiger und unschweizerischer Härte aussetzen.

Schwer und scharf genug kann die Klüge kaum sein gegen die augenfällige Pflichtwidrigkeit, womit in einzelnen Kantonen die Vollziehung des Werbverbots und des Art. 65 im Bundesstrafgesetze vom 1. Mai 1853 unterlassen wird. Es will uns scheinen, daß der Bundesrath in dieser Richtung etwas energischer hätte vorgehen sollen; wir verkennen indessen seine schwierige Stellung dabei nicht. Ohne Bundespolizei ist er lediglich auf die Kantonalpolizeien und deren Eifer oder Nicht-eifer verwiesen, und daher selten im Falle, von sich aus einzuschreiten. Die Kommission nimmt hiebei gerne Anlaß, ja sie hält es nachgerade für eine Pflicht, der Energie, welche die Polizei des Gränzkantons

St. Gallen gegen verbotene Werbungen, wie in früheren, so auch im Jahr 1853 entwickelt hat, lobend und aufmunternd zu erwähnen. Von 16 Strafurtheilen gegen Falschwerber haben die St. Gallischen Gerichte allein 12 ausgefällt, während in den 4 Kantonen Zürich, Luzern, Uri und Nargau zusammen nur 4, in allen übrigen 17 Kantonen dagegen gar kein Falschwerber gebüßt, wenn vielleicht auch polizeilich verfolgt wurde.

Noch haben wir zwei von uns gemachte Wahrnehmungen zu berühren, über welche der bundesrätliche Amtsbericht mit Stillschweigen hinweggeht.

Dem Generalanwalte ist seit dem 25. Juli 1853 ein besonderer Gehülfe beigegeben, der ihn ausschließlich in der Heimathlosenangelegenheit zu unterstützen hat. Derselbe bezieht aus dem für die Heimathlosen angewiesenen Kredite eine Besoldung von 1800 Franken. Die Anstellung ist nur eine vorübergehende und keine bleibende. Die Kommission will die Nothwendigkeit dieser provisorischen Anstellung nicht in Zweifel ziehen; sie will ebenso wenig etwas gegen die Größe der Besoldung einwenden, ja sie hat sich vielmehr durch die Untersuchung überzeugt, daß dieselbe der wirklichen Tüchtigkeit des Angestellten entspreche. Sie glaubt bloß die Ansicht in ihren Bericht niederlegen zu sollen, daß sie es für angemessen erachtet hätte, wenn der Bundesrath den gesetzgebenden Räten von der Anstellung Kenntniß gegeben haben würde. Dieselbe besteht bereits seit einem Jahre und es dürfte ihr Bestand von noch längerer Dauer sein. Der Bundesrath hätte inzwischen mehr als einen Anlaß finden können, die beiden Räte darüber zu verständigen und deren Billigung dafür entgegen zu nehmen.

Unsere zweite Bemerkung beschlägt das sehr verschiedene Verfahren, welches bei der Einleitung

von Straffällen an die Strafgerichte, namentlich da, wo die kantonale Jurisdiktion dieselben zu entscheiden hat, eingehalten wird. Bald findet eine Strafeinleitung durch den Bundesrath, bald durch das Justiz- und Polizeidepartement, bald durch den Generalanwalt, im ersten Falle bald mit, bald ohne die Begrüßung des Generalanwalts statt. Es entspricht dieses Verfahren einer guten Organisation offenbar nicht. Wir enthalten uns, darüber einen formulirten Beschlussesantrag an die Bundesversammlung zu stellen, aus dem Grunde, weil uns die Kenntniß geworden ist, es theile das Justizdepartement die Ansicht, daß dieses Verfahren ein Uebelstand sei, und es befaße sich eben mit der nähern Prüfung der Frage, in welcher Weise demselben am Zweckmäßigsten abgeholfen werden könne.

Wir schließen hiemit unsern Bericht über den Geschäftsbericht des Justiz- und Polizeidepartements.

IV. Militärdepartement.

Es muß anerkannt werden, daß sich das Militärdepartement im Berichtsjahr eifrigst bemüht hat, der eidg. Militärorganisation nach allen Richtungen hin volle Geltung und Vollziehung zu verschaffen. Nicht bloß war sein vorzügliches Bestreben darauf gerichtet, den militärischen Unterricht sowohl auf den eidg. Waffenplätzen als in den Kantonen zu heben und fruchtbar zu machen, sondern es that auch sein Möglichstes zur Ergänzung des personellen und materielleu Bestandes der Kontingente.

Es wäre eitel, sich verhehlen zu wollen, daß ein großer Theil der Armee noch lange nicht den möglichen Grad der militärischen Leistungsfähigkeit erlangt hat, ja daß es noch einer Reihe von Jahren bedarf, bis man

behaupten kann, die Beiträge der Kantone und der Eidgenossenschaft an Mannschaft und Kriegsmaterial zum Bundesheere seien geleistet.

Nichts desto weniger sind die Aufschlüsse, welche der bundesrätliche Bericht in dieser Beziehung enthält, geeignet, mehrfache Beruhigung zu gewähren, und namentlich Besorgnisse und Vorurtheile zu beseitigen, wie sie sich in gewissen Kreisen gegen die neue Militärorganisation geltend zu machen beginnen.

Im Besondern hat die Kommission zu bemerken: Seite 97 (in den Extraabzügen und Seite 161 im Bundesblatt). Personalbewaffung. Bis zum Jahr 1857 sollen die Jäger des Bundesheeres mit gezogenen Flinten bewaffnet werden. Wie sich die Kommission überzeugt hat, kann das daherige Modell in kürzester Zeit den Kantonen mitgetheilt und in so fern zu Anschaffungen geschritten werden. Vor einem Jahre haben die Räte den Bundesrath eingeladen, auf eine genaue Ueberwachung der Stuzerfabrikation in den Kantonen hinzuwirken, von der Ansicht ausgehend, die wahrgenommene Verschiedenheit der Schießresultate rühre von der Qualität in der Waffe her. Dieselbe Wahrnehmung wird auch bei den zukünftigen Jägerschießübungen zu Tage treten, wenn nicht die neue Bewaffung der eidg. Kontrolle unterstellt wird. Eine solche Kontrolle könnte nach der Ansicht der Kommission am sichersten in einer eidg. Zieh- und Richtungswerkstätte geübt werden. Das Opfer, welches der Bund, indem er diese Arbeit unentgeltlich übernehme, den Kantonen brächte, wäre nur eine geringe Anstrengung gegenüber dem bedeutenden Kostenaufwande, den diese letztern für die neue Bewaffung der Jäger zu bestreiten haben, und jedenfalls nur billig. Auch bei der Perkussionirung der Steinsehloßgewehre hat

die Eidgenossenschaft den Kantonen gewisse Beiträge geleistet. Die Kommission stellt keine Anträge, weil die Frage als eine beim Bundesrathe bereits anhängige betrachtet werden darf.

Seite 104. (Seite 168 im Bundesblatt.) Eidgenössische Militärschulen. Die Einberufung von Cadresmannschaft in die Rekrutenkurse der Spezialwaffen, in so fern sie schon beim Beginn der Schule stattfindet, hat ihre entschiedenen Nachtheile. Es wird dem betreffenden und gewöhnlich schon bejahrierten Manne ein Dienst zugemuthet, der wenig oder gar keine Früchte für ihn trägt. Der Dienst geschieht überhaupt nicht sowol in seinem Interesse, als in demjenigen der Rekrutenmannschaft. Für einen solchen Dienstzweig hat man aber Unterinstruktoren, und wenn diese nicht genügen, so dürfte eine Vermehrung, namentlich der niederen Grade derselben, weit eher am Platze und durch finanzielle Rücksichten geboten sein, als bereits bei den taktischen Einheiten eingetheilte Mannschaft zu gedachtem Zwecke aufzubieten.

Seite 115. (Seite 179 im Bundesblatt.) Kavallerie. Die Mittheilung, daß der Stand Schwyz noch keine Vorkehrungen zur Organisation seiner Guidenkompagnie gethan, hat die Kommission unangenehm berührt. Da das Bundesgesetz über die Beiträge der Kantone und der Eidgenossenschaft an Mannschaft, Pferde und Kriegsmaterial zum schweizerischen Bundesheere schon seit bald 3 Jahren zu Recht besteht, so darf von einem Stande, welchem die Hebung des Wehrwesens bisher nicht gleichgültig war, erwartet werden, daß er seinen Bundespflichten freiwillig ein Genüge leiste.

Ein Gleiches darf von denjenigen Kantonen erwartet werden, deren Kontingente unter dem reglementarischen Bestande sich befinden.

Es liegt außer der Aufgabe der Kommission, den Ursachen nachzuforschen, welche die Kompletirung der Kavallerie in einigen Kantonen so erschweren. Sie glaubt jedoch nicht fehl zu gehen, wenn sie die unverhältnißmäßigen Opfer, welche der einzelne Kavallerist zu bringen hat, die Pflicht desselben beim Ankauf eines neuen Pferdes regelweise den Remontenkurs bestehen zu müssen und endlich die Gefahren, die mit den Pferdabschätzungen verbunden sind, als solche bezeichnet. Dießfällige Erleichterungen dürften sich früher oder später als dringendes Bedürfniß herausstellen.

Seite 124 — 126. (Seite 188 — 190 im Bundesblatt.) Scharfschützenrekrutenschule. Noch immer rufen Rekruten gewisser Kantone mit alten Stuzern bewaffnet in die Schulen ein. Der Artikel 71 des Bundesgesetzes über die Bekleidung, Bewaffnung und Ausrüstung des Bundesheeres vom 27. August 1851 schreibt zwar vor, daß die Kantone und die einzelnen Personen nicht angehalten werden können, das schon Vorhandene und noch Brauchbare umzuändern oder durch Neues zu ersetzen. Allein es kann diese Gesetzesvorschrift unmöglich auf die Stuzeranschaffungen bezogen werden; einmal weil darin überhaupt von dem Stuzer nicht die Rede und auch nicht anzunehmen ist, daß man gesetzlich habe gestatten wollen, neu eintretende Mannschaft *sicis* fort mit alten Waffen ausrüsten zu dürfen, und zweitens weil der Gang und der Zweck einer Rekruteninstruktion großentheils vereitelt würde, wenn Mannschaft mit verschiedenen Stuzern sich vorfände.

Den Klagen, daß der Schießunterricht in den Kantonen regelweise sehr mangelhaft ertheilt werde, dürfte am Sichersten dadurch vorgebogen werden, daß man

jeden Rekruten zurückwies, welcher ohne genügende Vorbildung im Schießen in die Schule einrückt.

Wenn es wirklich den Anschein hat, als würde die Wichtigkeit des innern Dienstes in allen seinen Abstufungen vom Schulkommando nicht genügend gewürdigt, wie sich der bundesrätliche Bericht wörtlich ausdrückt, so sollte es bei dieser bloßen Bemerkung nicht sein Bescheiden, sondern das Departement Veranlassung genug haben, auf wirkliche Abhülfe bedacht zu sein. Wie diese Abhülfe zu treffen sei, dürfte die öffentliche Meinung bereits angedeutet haben.

Seite 127 — 133. (Seite 191 — 197 im Bundesblatt.) Die Kommission verdankt dem Chef des Militärdepartements den Erlaß seiner bezüglichen allgemeinen Weisungen. Hoffen wir, daß sie auf ein fruchtbares Erdreich gefallen seien!

Seite 146. (Seite 214 im Bundesblatt.) Cadrezusammenzug in Thun. Die Schilderung, welche der bundesrätliche Bericht von dem Verlaufe des Cadrezusammenzuges in Thun macht, bietet ein sprechendes Beleg dafür, daß die Truppenzusammenzüge, nur in Verbindung mit den eigentlichen Wiederholungskursen oder besondern Vorübungen gebracht, einen sichern Erfolg in Aussicht stellen.

Seite 150. (Seite 218 im Bundesblatt.) Justizpflege. Die Kommission verkennt die Vortheile keineswegs, welche das Juryverfahren im Allgemeinen darbietet. Die bisher an das Kriegsgericht gewiesenen Straffälle lassen aber wahrnehmen, daß dasselbe in Bezug auf die Militärvergehen mit zu vielen Verumständungen und Kosten verbunden ist. Der Kreis der sogenannten Disziplinarvergehen sollte daher entweder erweitert, oder

aber überhaupt ein einfacheres, rascheres und weniger kostspieliges Verfahren eingeführt werden.

Wünschbar wäre es auch, daß wieder sogenannte Kriegskriegsartikel verfaßt und unter die Truppen vertheilt würden. Nicht bloß sieht das allgemeine Dienstreglement dieselben vor, sondern es dürfte auch schwer halten, den gesammelten Strafkoder den Truppen vorzulesen.

Seite 151. (Seite 219 im Bundesblatt.) Sanitätsdienst. Im Berichtsjahr sind von der Eidgenossenschaft im Ganzen 10,820 Mann in Dienst gezogen und instruiert worden. Die Zahl der Krankheitsfälle in den betreffenden Unterrichtskursen beläuft sich auf 3692. Der Oberfeldarzt schreibt die große Zahl von Kranken hauptsächlich dem Umstande zu, daß die sanitarische Untersuchung der Mannschaft in den Kantonen nicht mit der nöthigen Sorgfalt vollzogen werde. Die Eidgenossenschaft würde sowol im eigenen, als auch im Interesse der Mannschaft stehenden Kantone handeln, wenn sie die Rekruten beim Eintritte in die eidgenössischen Schulen von sich aus ärztlich untersuchen ließe, und allfällige Gebrechliche den Kantonen sofort wieder zur Verfügung stellte. Damit würde mindestens bezweckt, daß nicht Leute auf Kosten der Eidgenossenschaft militärisch gebildet werden, welche in schwierigen Zeiten doch keine wirklichen Dienste zu leisten vermögen.

Seite 166. (Seite 234 im Bundesblatt.) Revision der Kantonalmilitärgesetzgebungen. Trotz einer dießfälligen Einladung des Departements haben 10½ Stände ihre revidirten Militärorganisations dem Bundesrathe noch nicht zur Genehmigung vorgelegt. Fernere Mahnungen an die säumigen Kantone werden deshalb am Orte, ja geboten sein, weil die Organisation und der Bestand der Kontingente von den zu erlassenden Gesetzen großentheils abhängt.

Seite 173. (Seite 241 im Bundesblatt.) Nach dem Bundesrätthlichen Bericht ist die Revision des allgemeinen Dienstreglements noch nicht beendigt und für Revision der Anleitung zum Bajonettgefecht sind erst die einleitenden Schritte gethan worden. Die Umarbeitung dieser Reglemente sollte mit der Vereinfachung der Exerzierreglemente Hand in Hand gehen, und daher möglichst beschleunigt werden.

Seite 181. (Seite 249 im Bundesblatt.) Materielles. Der Bundesbeschuß, betreffend die Geschäftsführung des Bundesrathes im Jahr 1852 enthält sub Ziffer 17 folgendes Dispositiv:

„Der Bundesrath wird eingeladen, zu untersuchen,
 „ob der Tarif für das in die Artilliererekrutenschule
 „gelieferte Kriegsmaterial nicht theilweise zu re-
 „vidiren sei.“

Diesem Beschlusse scheint bisher keine Folge gegeben worden zu sein, daher die Einladung an den Bundesrath wiederholt wird.

Seite 185. (Seite 253 im Bundesblatt.) Kontrollirung der Komptabilität. Die Kommission billigt die Verfügung, wornach die Komptabilität in den Militärschulen, wo kein bleibender Kommissär sich befindet, den Hauptleuten oder ihren Stellvertretern unter Aufsicht und Leitung des Schulkommandanten übertragen ist. Unmöglich konnte dieser Dienstzweig bisher einen Kommissariatsbeamten vollends beschäftigen. Will man — und dieß lag hauptsächlich der Bestellung von Schulkommissariaten zu Grunde — für die Ausbildung der Kommissariatsbeamten etwas thun, so verwende man dieselben recht zahlreich bei den Truppenzusammenzügen oder ziehe sie in besondere Kurse zusammen.

Seite 186. (Seite 254 im Bundesblatt.) Geschäftsführung auf den Bureaur. Auf der Militärkanzlei werden folgende Bücher gehalten:

- a. Ein- und Ausgangskontrollen;
- b. Korrespondenzen- oder Kopierbuch;
- c. Protokoll;
- d. Register;
- e. Dienstkontrolle für die Offiziere des Generalstabes;
- f. Sammlung der wichtigern Weisungen.

Das Verzeichniß der beim Oberkriegskommissariat gehaltenen Bücher weist nach:

- 1) Ein- und Ausgangskontrollen;
- 2) Kontrolle der vom Militärdepartement ausgestellten Anweisungen;
- 3) Journal über sämtliche Rechnungsposten zur monatlichen Eingabe an's Finanzdepartement;
- 4) Kontokorrent sämtlicher Einnahmen und Ausgaben;
- 5) Kontobuch des Fouragemagazins in Thun;
- 6) Kontobuch des allgemeinen Inventars des Militärdepartements;

Der Verwalter des Materiellen führt:

- a. Kontrolle über die laufenden Geschäfte;
- b. Expeditionskontrolle;
- c. Missivenbuch mit Register;
- d. Lagerbuch des eidg. Kriegsmateriales, nebst Kontrolle der umgegossenen Geschützröhren;
- e. Visabuch;
- f. Verzeichniß der Bibliothek, der Karten und Pläne des schweizerischen Militärdepartements;
- g. Generaletat über Personelles und Materielles, — tabellarische Arbeiten;

h. Sammlung der Inspektionen über das Kriegsmaterial und der Schußtabellen der Scharfschützen;

i. Neu angelegt wird eine werthvolle protokollarische Sammlung der Refognosirungen und der Arbeiten zur Vertheidigung der Schweiz.

Außerdem befinden sich auf dem Finanzdepartement die Inventarzusammenstellungen der Gesamtmilitärverwaltung.

Die Kommission hat sich bei der Untersuchung der verschiedenen Bureaux überzeugt, daß die oben bezeichneten Kontrollen, Bücher, Inventarien und Akten in Ordnung und bis auf den Tag des Abschlusses (31. Dez. 1853) nachgetragen sich befinden. Namentlich bemüht sich der Verwalter des Materiellen aufs Eifrigste, den lückenhaften Aktenbestand früherer Verwaltungsjahre zu ergänzen.

Fände sich die Kommission berufen, jetzt schon einläßliche Bemerkungen und Anträge über die Buchführung auf den einzelnen Bureaux der Militärverwaltung zu äußern, so würden sich dieselben darauf beschränken:

a) Es sei nicht nothwendig, auf der Militärkanzlei, neben der Geschäftskontrolle, einem Register nebst Akten-sammlung, noch zwei fast gleichartige Bücher zugleich zu führen, nämlich ein Protokoll und ein Korrespondenzbuch.

b) Die auf dem Oberkriegskommissariat getrennt geführten Ein- und Ausgangskontrollen seien zu vereinigen und mit einem Register zu versehen. In dieser Beziehung und um nicht in Widerspruch mit frühern Berichterstattungen zu fallen, glaubt jedoch die Kommission, es bei dem in Betreff der Departementskanzleien gestellten allgemeinen Antrage bewenden lassen und bloß einen Spezialpunkt hervorheben zu sollen.

Obiger Zusammenstellung ist nämlich zu entnehmen, daß keine Schußtabellen der Artillerie vorhanden sind. Es muß dieß als eine bedeutende Lücke in unserer Militärstatistik erklärt werden, daher der schließliche Antrag:

„Es seien die Ergebnisse der Schießübungen in der „Artillerieschule zu sammeln und darüber, wie bei den „Schießübungen der Scharfschützen, sogenannte Schußtabellen anzufertigen.“

V. Finanzdepartement.

Die Kommission hat über dieses Departement nichts zu bemerken. Die besondern Bemerkungen sind alle in dem zweiten Theile des Berichtes enthalten, welcher die Staatsrechnung betrifft.

VI. Handels- und Zolldepartement.

Mit lebhafter Befriedigung hat die Kommission dem Geschäftsberichte des Bundesrathes entnommen, daß im letzten Jahre die Bewegungen des Handels im Vergleiche zu frühern Jahren zugenommen. War dieses Resultat möglich, obschon die hohen Lebensmittelpreise auf den Absatz unserer Industrie nur einen nachtheiligen Einfluß ausübten und der von Oesterreich angeordnete Blokus die direkte Ausfuhr aus dem Tessin nach der Lombardie ganz verbanderte, so dient dieß zum erfreulichen Beweise, daß unsere Industrie die Fähigkeit besitzt, Hindernisse, die sich vorübergehend auf einer Seite ihr entgegenstellen, zu überwinden und für Verwerthung ihrer Erzeugnisse neue Wege sich zu eröffnen.

Für die Hemmungen, die sich unserer Handelsbewegung in bezeichneter Richtung entgegenstellten, entschä-

digten uns einigermaßen Verkehrserleichterungen, die einige Nachbarstaaten für unsere Industrie eintreten ließen. Die Kommission erwähnt hier der von Frankreich bewilligten Erleichterung des Gränzverkehrs bei der Zollstätte zu Goumois und der Herabsetzung des Eingangszolls auf Vieh, so wie der Modifikationen, die Sardinien in seiner Zollgesetzgebung vornahm, und die theilweise auch dem schweizerischen Verkehre günstig sind. Die Aufhebung der Abfuhrgebühren in Lindau, welche Bayern in Folge des Staatsvertrags vom 2. Mai 1853 bewilligte, so wie die Abschaffung von Patentabgaben für Handelsreisende, über welche mit Baden und Sardinien eine Vereinbarung stattgefunden hat, befreien den Verkehr von einer frühern Belästigung. Wünschenswerth wäre es, daß auch die Kantone, die bis jetzt diesen Vereinbarungen noch nicht beigetreten sind, ihre nachträgliche Zustimmung erklären würden.

Doch von ungleich wichtigeren Folgen als alle diese Begünstigungen wird für unsern Handel die Erstellung der Eisenbahnen sein, deren Bau gegenwärtig in unserm Vaterlande rasch gefördert wird. Sind einmal die Schienenwege erstellt, so wird unser Verkehr an Ausdehnung noch mehr gewinnen. Durch dieses schnelle und wolfeile Transportmittel werden auch solche Produkte, die bisher nur auf den Binnenhandel angewiesen waren, zu schönen Preisen ihren Absatz nach dem Auslande finden, während hinwieder unsere Bedürfnisse von Außen billiger und schneller bezogen werden können.

Als eine erfreuliche Erscheinung bezeichnet die Kommission auch, daß die Aufhebung der Zölle im Innern der Schweiz immer mehr Anerkennung findet und als eine der schönsten Errungenschaften unserer neuen Bun-

Beseinrichtungen begrüßt wird. Selbst an den Gränzen, auf denen die ganze Unbequemlichkeit der Zollerhebung lastet, versöhnt man sich je länger je mehr mit unsern neuen Zollgesetzen.

Dem innern Verkehre treten dagegen noch hemmend in den Weg die mitunter sehr hohen Konsumogebühren, welche beinahe alle Kantone erheben. Muß auch deren Fortbezug nach der Bundesverfassung dem freien Ermessen der Kantone überlassen bleiben, so steht doch die Thatsache fest, daß so lange die Ohngeldsgebühren bestehen, auf einem wichtigen Zweige unserer Erzeugnisse, selbst seit Aufhebung der Binnenzölle, noch eine sehr wesentliche Beschränkung lastet. Es wäre daher gewiß wünschenswerth, wenn Mittel gefunden würden, auch dieses Hinderniß des freien Verkehrs zu beseitigen. Beiliegende Uebersicht, die erst seit dem Druke des bundesrätlichen Geschäftsberichts ihre Vervollständigung erhalten hat, zeigt den vierjährigen Durchschnittsertrag der Konsumogebühren der einzelnen Kantone.

Die Bemühungen des Bundesrathes, die Kantone zu einem Konkordate zu veranlassen über Aufstellung von Polizeivorschriften bei Benutzung der Landstraßen, sind bis jetzt nur bei wenigen Ständen von Erfolg gewesen. Wir hoffen aus dem Geschäftsberichte für 1854 ersehen zu können, daß auch mehrere solcher Kantone, die bisanhin ihre Zustimmung suspendirt oder verweigert, ihren seitherigen Beitritt erklärt haben.

Dem Beschlusse des Bundesrathes, welcher im Kanton Tessin für die Arbeiterinnen, welchen durch die Ausweisung aus der Lombardie der Verdienst in den dortigen Seidenspinnereien entzogen wurde, die Hanfspinnerei einführte, können wir nur unsere Billigung ertheilen. Soll sich auch in normalen Zeiten der Bund mit

Zusammenstellung der Consumogebühren auf schweizerischen und nicht schweizerischen Getränken.

Erträgnisse der Kantone.

Kantone.	Berechnet auf die folgenden Jahrgänge.	Einnahmen.						Bemerkungen.	
		Auf schweizerischen Getränken.		Auf fremden Getränken.		Jährliches Total. Mittelbetrag.			
		Fr.	Rp.	Fr.	Rp.	Fr.	Rp.		
Zürich								erhebt keine solche Gebühren.	
Bern	1849—1852	339,685	90	426,426	76	766,112	66	Bruttoeinnahme.	
Luzern	1846—1852	14,174	—	129,058	—	143,232	—	" "	
Uri	1849—1852					12,966	72	netto fl. 7374. 33 (fl. 91 = Fr. 160).	
Schwyz	" "					11,714	21		
Obwalden	" "					4,732	—		
Nidwalden	1851 u. 1852					3,483	47	netto.	
Glarus	1849—1852					15,062	70		
Zug	" "					4,870	93	netto.	
Freiburg	" "					148,662	56	nach Abzug der Rückvergütungen.	
Solothurn	" "	90,685	—	62,813	25	153,498	50		
Basel-Stadt	" "			25,963	05	25,963	05	schweizerische Getränke sind frei.	
Basel-Landschaft	" "			20,507	06	20,507	06	(netto Bezugsprovision.) idem.	
Schaffhausen									
Appenzell A. Rh. und J. Rh.								erheben keine solche Gebühren.	
St. Gallen									
Graubünden	1849—1852					71,527	31	Schweizerweine sind frei.	
Nargau	" "	32,073	20	19,678	64	51,751	84	netto Bezugskosten.	
Thurgau								erhebt keine solche Gebühren.	
Tessin	1849—1852					38,104	46	brutto.	
Vaudt	" "					28,665	75	inländische Getränke sind frei.	
Wallis	1850—1852					7,417	58		
Neuenburg								erhebt keine solche Gebühren.	
Genf	1849—1852					209,272	80	Detrot in Genf und Carouge.	
18 Stände beziehen jährlich für Ohmgeld						Fr.	1,717,545	60	

Einführung und Betreibung von Industriezweigen nicht befaßen, sondern solches der Selbstthätigkeit der Privaten anheimgeben, so finden gleichwol die durch diese Schlußnahme der Bundeskaffe verursachten Opfer in der damaligen exzeptionellen Lage Tessins ihre volle Rechtfertigung.

In Betreff der Zollverwaltung im engeren Sinne, hebt die Kommission mit Vergnügen hervor, daß die Anwendung des neuen Tarifs in finanzieller Richtung ein sehr befriedigendes Resultat geliefert hat, daß die Einnahmen den Voranschlag weit übertroffen haben, die Ausgaben hingegen mit einer einzigen Ausnahme unter den Budgetansätzen geblieben sind. Wir verweisen bezüglich der einzelnen Ansätze auf die Staatsrechnung.

Die Bezugskosten betragen im Berichtsjahre 10,6511%, ergaben somit selbst gegen diejenigen von 1852 etwelche Verminderung und sind überhaupt die niedrigsten seit Einführung des Zollgesetzes. Während dieselben in den übrigen Zollgebieten, mit Ausnahme des ersten Gebietes, wo sie bloß über 6% betragen, beinahe gleich sind, stellen sie sich im vierten Zollgebiete auf 32,84%, was dem Umstande beizumessen ist, daß bei der von Oesterreich gegen den Kanton Tessin angeordneten Sperre, welche zehn Monate des Berichtsjahres dauerte, die Zolleinnahmen sich sehr verminderten, die Ausgaben dagegen die gleichen blieben.

Es bemühte die Kommission, dem Geschäftsberichte zu entnehmen, daß der Gränzschutz, für welchen im Ganzen 97 eidgenössische Gränzwächter und 280 kantonale Landjäger verwendet wurden, namentlich im sechsten Zollgebiete, immer noch nicht von gehörigem Erfolge begleitet ist. Wenn auch nach dem Zeugnisse der Departements die Gränzwächter ihrer schwierigen Aufgabe mit

Pflichttreue nachkommen, ohne dabei die nöthige Schonung in Ausübung ihres Berufes außer Acht zu lassen, so finden sie doch bei den dortigen Bewohnern und den untergeordneten Behörden nicht jene Unterstützung, die sie mit Recht in Anspruch nehmen dürfen. Auch längs der neuenburgischen Gränze scheint in Folge mangelhaften Gränzdienstes der dortigen Landjäger der Schmuggel an Ausdehnung zu gewinnen. Die Kommission zweifelt aber nicht, das Zolldepartement werde diesem Uebelstande seine volle Aufmerksamkeit zuwenden, damit das Zollgesetz auf allen Gränzen der Schweiz gleichmäßig seine Beachtung finde und diejenigen, welche es beachten, nicht noch den Nachtheil der durch anderswo getriebenen Schmuggel erschwerten Konkurrenz zu tragen haben.

Hinsichtlich der Rechnungsführung der Zollverwaltung findet sich die Kommission zu keiner Bemerkung veranlaßt. Eine genaue Prüfung der Rechnung stellte heraus, daß jede einzelne Ausgabe gehörig belegt und daß sämmtliche 1278 Hauptbelege mit den nöthigen Unterbelegen versehen und kontrolirt sind. Auf der Departementskanzlei werden die Register und Kontrollen auf eine klare und übersichtliche Weise geführt.

Eben so wenig hat die Kommission über den Inhalt der Rechnung in materieller Beziehung etwas zu bemerken. Die gemachte Wahrnehmung, daß in den einzelnen Zollgebieten die Inspektionen der Zollstätten von Seite der Direktionen nicht gleichmäßig vorgenommen werden, will die Kommission deshalb nicht releviren, da, wie sie in Erfahrung gebracht hat, durch Vorsorge des Departements diesem Uebelstande künftig abgeholfen werden wird. Dem von der vorjährigen Prüfungskommission des Nationalraths geäußerten Wunsche, daß die Zollerträge in allen Zollgebieten gleich behandelt und die

Ausgaben von den einzelnen Zolldirektionen übereinstimmend unter die gleichen Titel eingetragen werden möchten, wurde in dem Berichtsjahre möglichst Rechnung getragen. Bei Formulirung ihrer Anträge über den Geschäftsbericht und die Staatsrechnung von 1852 fand sich die leztjährige Kommission zu keinem Postulate hinsichtlich der Zollverwaltung bemüht, weshalb die diesjährige Kommission in dieser Richtung nichts zu erinnern hat.

Die Kommission schließt ihren Bericht über die Prüfung des Geschäftskreises des Handels- und Zolldepartements, indem sie, in Uebereinstimmung mit den Prüfungskommissionen der frühern Verwaltungsjahre, der Thätigkeit und Umsicht des Departements, der Ordnung, welche im Rechnungswesen herrscht und der Pünktlichkeit, mit welcher die Geschäfte erledigt werden, ihre ungetheilte Anerkennung zollt und die Ueberzeugung ausspricht, daß die Zollverwaltung zu den bestorganisirten Zweigen unsers Staatshaushaltes gehört.

VII. Post- und Baudepartement.

Posten. Verwaltung im Allgemeinen. Die Kommissionen, welche die Geschäftsführung des Bundesrathes in den vorigen Jahren geprüft haben, widmeten derjenigen dieses Departements eine sehr sorgfältige Aufmerksamkeit und die Befehle, welche sie in Folge ihrer Untersuchungen beantragten, trugen dazu bei, den Gang dieses Geschäftszweiges festzustellen und zu regeln.

Dadurch ist die Arbeit der Kommission, welche dieses Jahr diese Geschäftsführung zu prüfen hatte, erleichtert worden, und sie fand einen vollständig organisirten Dienst, eine gut eingerichtete Rechnungsfüh-

rung und ein Personal erfahrener Angestellten, welche größtentheils ohne Anstoß die in den Gesetzen und Reglementen enthaltenen Vorschriften anwenden.

Man könnte glauben, dieses wäre nicht immer in allen Beziehungen so gewesen, wenn man nach den Vorwürfen, die bisweilen gegen diese Verwaltung gerichtet wurden, urtheilen wollte. Es ist wirklich einer derjenigen, welche seit der Centralisation am meisten angegriffen wurde und welche am meisten derartige Hindernisse zu überwinden hatte, ohne die Schwierigkeiten zu rechnen, die aus der Annahme einer einzigen Verwaltung herrührten, welche einer bestimmten und allgemeyn anwendbaren Regel, gegenüber der Mannigfaltigkeit der kantonalen Einrichtungen, folgte. Gegenwärtig sind die Klagen gegen das Postsystem des Bundes verstummt und eine einzige Würdigung seiner Erfolge genügt, deren Vorzüge zu beweisen.

Die Organisation unserer Posten ist in einem solchen glücklichen Fortgange begriffen, daß man nur dessen Fortdauer wünschen kann. Sie ärntet auch häufig Lob ein von solchen, welche die Schweiz besuchen, oder welche aus dem Auslande kommen und unmittelbare Vergleichen machen können. Die Wägen sind in gutem Zustande und bequem; der Kurzdienst geschieht in Regelmäßigkeit, das Personal der Angestellten erfüllt gehörig seine Pflichten, sowol gegen das Publikum als gegen die Verwaltung; endlich sind die verschiedenen Postgebühren nicht zu hoch gestellt.

Aber ein Umstand, nämlich die Einführung der Eisenbahnen wird ihrer Natur nach wichtige Veränderungen in den gegenwärtigen Zustand unserer Posten bringen. Dieses neue, dem Publikum sich anbietende Verkehrs-

mittel wird zur Folge haben, daß das frühere außer Gebrauch gesetzt wird, und dieses gerade auf den besuchtesten und einträglichsten Linien." Es wird daraus eine gewisse Verwirrung in diesem Zweige der Verwaltung entstehen und die Nothwendigkeit herbeiführen, ihn einer, wenigstens theilweisen Reorganisation zu unterwerfen. Die Kommission glaubt, es sei der Mühe werth, daß man sich im Voraus mit dieser Eventualität beschäftige, um auf den Augenblick, wo dieser Uebergang eintritt, vorbereitet zu sein und sie wünscht daher, daß der Bundesrath diesen Gegenstand nicht aus dem Auge verliere.

Personelles. Besoldung. Die Kommission macht sich hier eine Pflicht daraus, anzuerkennen, daß die Beschwerden, welche gegen einzelne Angestellte wegen ihres unpassenden Benehmens gegen das Publikum geführt wurden, in geringer Zahl vorgekommen sind, so weit sie nämlich zu ihrer Kenntniß gelangten. Sie glaubt, daß hier ein Fortschritt sei, den man der Aufsicht der Obern, wie dem gesunden Verstand der Angestellten zuzuschreiben habe. Festigkeit, Folgerichtigkeit und Gleichheit in der Anwendung disziplinarischer Bestimmungen, Gerechtigkeitssinn und Ordnungssinn, gepaart mit Wohlwollen in den Beziehungen zwischen Obern und Untergebenen, werden nicht verfehlen, einen heilsamen Einfluß auf das Betragen des gesammten Personals der Verwaltung auszuüben.

Grobe Begegnung von Seite der Chefs ist nicht nothwendig, um Ordnung herrschen zu lassen und gibt ein böses Beispiel für die Untergeordneten, welche zuweilen ein gleiches Verfahren gegen diejenigen, welche mit ihnen in Berührung kommen, in Anwendung bringen.

Die Erfahrung hat bewiesen, daß die Besoldungen der Beamten und Angestellten dieser Verwaltung im Vergleich mit den täglich sich vergrößernden Beschwerden des Dienstes, zu gering waren und einer Revision bedurften. Um sich das nöthige Material zu dieser Arbeit zu verschaffen, veranstaltete der Bundesrath eine Untersuchung durch Sachverständige, welche alle Kreise bereiseten und die Resultate ihrer Untersuchung in einem interessanten Berichte niederlegten, welcher der Kommission vor Augen lag. Mehrere Momente mußten bei der allgemeinen Umarbeitung des Besoldungssystems in Betrachtung gezogen werden; es war nöthig, eine bestimmte Grundlage anzunehmen und auf alle Fälle anzuwenden, um sich nicht der Begehung einer Ungleichheit oder einem willkürlichen Verfahren auszusetzen. Es scheint der Kommission, daß die von den Sachverständigen angenommene Ausscheidung billig sei. Der Bundesrath hat die Revision der Besoldungen nach der Tare dieser Untersuchung beschlossen, welche mit dem 1. Jänner 1854 in Kraft trat, und aus welcher sich folgende Vermehrungen ergeben:

Vor der Revision betrug die Besoldungen	Fr. 1,101,658
Seit der Revision steigen sie auf	„ 1,224,392
Die Vermehrung beträgt also	„ 122,734
In's Budget wurden aufgenommen	„ 1,206,000
Ferner ein außerordentlicher Kredit von	„ 50,000

weshalb die Verwaltung selbst die ihr festgesetzte Gränze nicht erreichte.

Gewiß kann man dieser Revision nicht den Vorwurf machen, sie habe die Vermehrungen zu weit getrieben. Im Gegentheil ist anzunehmen, daß man mit großem

Rückhalt verfahren ist, und daß man in Kurzem das Angefangene zu ergänzen hat. Das muß übrigens geschehen, um die Entschädigungen mit dem Zuwachs der Dienstleistungen in's Verhältniß zu bringen, und der Vortheil der Verwaltung verlangt es ebenfalls. Nur durch eine anständige Besoldung kann sie sich fähige Beamte erhalten.

Ein Wort über die Klasse der Kondukteurs. Außer ihrer Besoldung, hat die Administration es vortheilhaft gefunden, ihnen das Erträgniß ihrer abgetretenen Plätze zu vergüten. Im Jahr 1852 stieg das Ganze dieser Vergütungen auf Fr. 51,919. 10, im Jahr 1853 aber auf die Summe von 62,294. 35, ein ziemlich bedeutender Betrag, welchen sie außer ihrem Gehalte beziehen und der sie bewegen sollte, ihn auf eine für sie und die Verwaltung gleich nützliche Weise zu verwenden. Der Dienst des Kondukteurs ist beschwerlich, allen Einflüssen der schlechten Witterung ausgesetzt und zieht bei längerer Dauer frühzeitiger, als bei andern Berufsarten, Krankheiten und Schwächen nach sich. Wenn dieser Fall eintritt, so befindet sich die Verwaltung in der peinlichen Alternative, einen gebrechlichen Diener zu entlassen, oder ihn zum Nachtheil des Dienstes beizubehalten. Dieser Uebelstand würde sich nicht zeigen, wenn für solche Angestellte die Möglichkeit einer Unterstützung in einem dieser außerordentlichen Fälle vorhanden wäre, z. B. eine Ruhegehaltskasse, in welche die Verwaltung entweder ganz oder theilweise das Erträgniß der abgetretenen Plätze legen würde. Wenn sich die Verwaltung mit der Führung dieser Kasse nicht befassen will oder kann, so könnte man zu diesem Zwecke eine in den Kantonen vorhandene Ersparniskasse benutzen, indem man sich darauf beschränkte, die Einlegung eines Theils der aus der Abtretung der Plätze herrührenden Vergütung verbindlich zu machen.

Vielleicht wird man später die Nützlichkeit von einem dießfälligen, allgemeinen Unternehmen anerkennen; aber man kann sich gegenwärtig darauf beschränken, diesen besondern Gegenstand in Anregung zu bringen.

Geschäftsgang und Rechnungswesen. Bezüglich dieses Gegenstandes hat die Kommission nichts Neues zu bemerken, weil seit den frühern Jahren hier ebenfalls nichts Besonderes vorgekommen ist. Die Kommission hat die verschiedenen eingeführten Bücher über das Rechnungswesen der Postverwaltung, sowol die jährlichen, vierteljährlichen und monatlichen Rechnungen, so wie diejenigen der Postkreise untersucht und sie regelmäßig gehalten gefunden. Die vollständige Sammlung der Belegstücke stand ebenfalls zu ihrer Verfügung, und sie hat sich von der Genauigkeit der Rechnungen, durch vorgenommene Vergleichung der verschiedenen Bücher und Belege, überzeugt.

Die Kommission glaubt, wie es schon manchmal gesagt worden ist, daß öftere Inspektionen eines der wirksamsten Mittel seien, um Ordnung in allen Abstufungen der Verwaltung zu erhalten, die Anwendung der bestehenden Reglemente zu besorgen und deren gleichmäßige Vollziehung zu sichern, das Betragen der Angestellten der großen und kleinen Büreaux zu überwachen, sich von dem angemessenen Gange des Dienstes und davon zu überzeugen, ob kein Anlaß zu gegründeten Klagen von Seite des Publikums gegeben werde. Die Zentraladministration muß die Kreisdirektionen überwachen und beaufsichtigen, und diese dann die Büreaux ihres Geschäftskreises; und wenn die Direktoren durch ihre täglichen Geschäfte verhindert sind (siehe d. Bericht des Bundesrathes), die Inspektionen so oft vorzunehmen, als es wünschenswerth erscheint, so muß die Besorgung derselben von Zeit zu

Zeit besondern Inspektoren übertragen werden. Jedes Mal, wenn eine solche Inspektion, selbst zu einem ganz speziellen Zwecke statt gefunden hat, entdeckte die Verwaltung etwas, das sie interessirte, und was von guter Wirkung war. Es wäre ebenfalls gut, wenn die Inspektoren auf ihren Rundreisen auch die Stimme des Publikums hören würden, welche zuweilen die beste Angeberin von Fehlern ist, die zu verbessern sein dürften, oder wenn sie sich nöthigenfalls an die Behörden wenden würden, deren Berichten sie aber auch dann den gehörigen Glauben zu schenken hätten.

Die Kommission, indem sie sich auf die frühern hierüber gefaßten Beschlüsse bezieht, stellt keinen weitem Antrag.

Posttaxen. Der Ertrag der Posttaxen vermehrt sich von Jahr zu Jahr, und das Publikum, nun mit ihrer Anwendung vertraut, schätzt die Vortheile des neuen Systems nach ihrem Werthe.

Man hat aber auch eingesehen, daß es zweckmäßig wäre, in nächster Zukunft einige Abänderungen in den gegenwärtigen Taxen vorzunehmen; allein der Bundesrath scheint, wie es aus seinem Bericht hervorgeht, die Vornahme einer Reform in dieser Beziehung verschleben zu wollen. Die nächstens dem Verkehr zu eröffnenden Eisenbahnlinien werden bewirken, daß eine, wenigstens theilweise Reorganisation des Postsystems vorgenommen werden muß, daher es schwierig wäre, jetzt schon auch nur einigermaßen genau vorher bestimmen zu wollen, welche Tragweite diese Veränderungen, namentlich in Beziehung auf die Taxen, haben werden; besser ist es daher, man warte zu, als daß man sich übereile und allzuhäufigen Veränderungen sich ausseze.

Eine Veränderung aber ist nächstens zu erwarten, nämlich die Einführung neuer Brief frankomarken für ein höheres Porto, nämlich für 40 Rappen. Wenn diese Ziffer angenommen wird, so lassen sich solche Marken bequem bei der Korrespondenz mit den deutschen Staaten gebrauchen, weniger aber bei derjenigen mit Frankreich, namentlich in den Gränzkantonen; es wäre daher gut, ehe man definitiv eine Ziffer feststellt, die Chancen unter ihnen zu vergleichen und zu sehen, welche Erleichterungen jede gewähren werde.

Wir wollen hier von den Taxen der Korrespondenz mit dem letztgenannten Lande sprechen. Nach dem Art. 5 des Vertrages mit Frankreich darf ein einfacher Brief, der von Frankreich nach der Schweiz, oder aus der Schweiz nach Frankreich geht, nicht höher als 40 Rappen tarirt werden. Nun hat die Verwaltung, indem sie die Taxen für die Korrespondenz mit Frankreich bestimmte, nach dem Vertrage die Taxen im Innern und das System der vier Briefkreise angewendet. Aber bei der Revision des Gesetzes über die Posttaxen wurde das System der vier Briefkreise abgeändert, ohne daß die Taxe der Korrespondenz mit Frankreich deßhalb eine Modifikation erlitten hat. Daraus ergibt sich, daß gegenwärtig noch, während in Frankreich jeder nach der Schweiz franko abgefundete Brief 40 Rappen bezahlt; die frankirten oder tarirten Briefe in der Schweiz bezahlen: 35 Rappen für den ersten Briefkreis (dieser erste Kreis ist eine Begünstigung der Korrespondenz mit der Gränze oder den Gränzdepartementen), 40 Rappen für den zweiten, 50 für den dritten, und 55 Rappen für den vierten. Daraus ergeben sich Ungleichheiten, welche zu Reklamationen Anlaß geben. Sicher würde die Anwendung der gegenwärtig für die Schweiz bestehenden Posttaxen auf Briefe,

die aus Frankreich kommen, oder dahin bestimmt sind, einen Verlust von einigen tausend Franken für die Postkasse nach sich ziehen; aber es würde daraus unzweifelhaft eine Vereinfachung hervorgehen, und sie wäre nicht absolut unvereinbar mit der Fortsetzung einer Reduktion der Posttaxe für die Beziehungen zwischen den beiden angränzenden Ländern.

Kurswesen. Der Ertrag des Kurswesens hat dieses Jahr eine Verminderung erlitten, was größtentheils der Theuerung des Getraides zuzuschreiben ist, welche den Preis der Kurse erhöhte und folglich den Ertrag verminderte.

Der Ertrag von den Postreisenden	betrug nämlich	
im Jahr 1853		Fr. 3,345,027. 14
von den Postpaketen		„ 1,342,112. 61
		<hr/>
		Fr. 4,687,139. 75

Im Jahr 1852 trugen die Reisenden ein		Fr. 3,013,762. 97
die Postpakete		„ 1,199,378. 37
		<hr/>
		Fr. 4,213,141. 34

Im Jahr 1853 betragen die Ausgaben für Postmaterial		Fr. 459,285. 66
für Transportkosten		„ 3,428,773. 73
		<hr/>
		Fr. 3,888,059. 39

Im Jahr 1852 betragen die Ausgaben für Postmaterial		Fr. 405,409. 92
für Transportkosten		„ 2,989,398. 04
		<hr/>
		Fr. 3,394,867. 96

Während der Ueberschuß im Jahr 1852 Fr. 818,273. 38 Rp. war, betrug er 1853 nur Fr. 799,080. 36, trotz der beträchtlich größern Gesamteinnahme, was theils

In der größern Anzahl der in Beiwagen transportirten Reisenden, theils in den Erhöhungen, welche man den Postunternehmern entweder wegen Vermehrung von Kursen, oder wegen neuer Kurse zugestehen mußte, seinen Grund hat. Die Erhöhungen der Entschädigungen für die Postführungen sind in Folge des zunehmenden Steigens der Haberpreise beträchtlich. Viele Unternehmer, die auf dem Fuße ihrer Verträge nicht mehr fortfahren wollten, sahen sich im Falle, sie aufzuheben und die Verwaltung schloß neue, unter weniger günstigen Bedingungen. Daher rührt die so beträchtliche Vermehrung der Ausgaben (Fr. 145,023. 85).

Die neuen, im Laufe des Jahres 1853 eingerichteten Kurse belaufen sich auf 13; mehrere andere wurden verlängert und die Frequenz hatte sich bei einigen vermehrt. Diesen Verbesserungen ist eine Vermehrung der Ausgaben von Fr. 88,022. 80 zuzuschreiben. Für das Jahr 1854 hat die Verwaltung ein anderes System befolgt, welches man für die den Unternehmern zu bewilligenden Mehrzahlungen vortheilhafter halten zu können glaubt. Die Verwaltung hat nämlich den Unternehmern bis zum 1. Juli eine Entschädigung von 30 Rappen per Tag und Pferd bewilligt und sich vorbehalten, was nach dieser Zeit weiter zu thun sein werde.

Extraposten. Man anerkennt einstimmig, daß die Aufhebung des Artikels 3 des Reglements über die Extraposten, welche der Bundesrath am 16. März 1853 beschlossen hat, der Einrichtung der Extraposten nachtheilig war. Die Konkurrenz, welche derselben seither nicht allein von den einheimischen, sondern auch von fremden Kutschern gemacht worden ist, macht die Stellung der Unternehmer beinahe unhaltbar. Es wäre darum wichtig, diese Angelegenheit aufmerksam zu unter-

fuchen und zu sehen, was bei Beibehaltung des Instituts der Extraposten zu Gunsten der Unternehmer zu thun sei.

Finanzielles Ergebnis und Vertheilung. Dieses Resultat war 1853 günstiger als 1852. Die Robeinnahmen betragen Fr. 7,083,503. 74 und die Ausgaben Fr. 5,397,283. 75. Es ergab sich also ein Reinertrag von Fr. 1,686,219. 99. Die Vermehrung der Einnahmen ist also vollständig durch die Vermehrung der Ausgaben ausgeglichen und der Bund, nachdem er Fr. 51,399. 07 Abschlagszahlung an der Schuld für Postmaterial, Fr. 152,843. 84 für Entschädigung der Posten im Kanton Schaffhausen bezahlt hat, muß den Kantonen den Betrag der durch den Beschluß vom 1. Oktober 1852 festgestellten Entschädigungen für ihre Posten vollständig ausbezahlen.

Der Kommission lagen die Resultate der ersten Monate des laufenden Dienstjahres vor, welches bezüglich der Einnahmen günstig ist, aber ebenfalls eine beträchtliche Erhöhung der Ausgaben ausweist. Folgende Tabelle wird einen Ueberblick von der Lage der Dinge geben.

1853.

	Einnahmen.	Ausgaben.
Jänner . . .	500,539. 68	355,381. 40
Februar . . .	439,057. 26	321,300. 13
März . . .	462,938. 78	504,601. 53

1854.

	Einnahmen.	Ausgaben.
Jänner . . .	539,504. 19	388,009. 05
Februar . . .	413,395. 97	391,525. 84
März . . .	520,460. 29	577,534. 82

Es ist anzunehmen, daß wenn das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben auf gleichem Fuße fortbesteht, das Resultat des gegenwärtigen Dienstjahres demjenigen der beiden vorhergehenden Jahre nachstehen wird.

Generaldirektion und Bureau. Der Mangel eines Generaldirektors der Posten, eine Stelle, welche durch das Gesetz vorgesehen worden ist, hat sich bis jetzt im Gange der Verwaltung auf keine empfindliche Weise fühlbar gemacht. Es wurden allerdings dem Bundesrath über diese unbesezte Stelle mehrmals Bemerkungen gemacht, aber die Kommission kann demselben keine Vorwürfe machen, daß er zuwarten wollte, bevor er seine Wahl treffe, um so weniger, da sie nicht dringlich war und der Dienst nicht darunter litt. Die Funktionen des Direktors sind durch den Vorstand des Departements besorgt worden, der zugleich eine Menge von Details zu regeln hat, was eine ganz besondere Spezialität erfordert und nicht immer auf dem gleichen Fuße bleiben könnte.

Das Bureau des Departements ist mit einem Sekretär und einem Kopisten bestellt. Aber die Befugnisse dieser Angestellten gegenüber dem Generalsekretariat sind nicht genau bestimmt. Das Departement hat früher seinem Sekretär einige besondere Zweige des Dienstes angewiesen, namentlich die Funktionen des Sekretariats der Abtheilung des Bauwesens, was ihm eine Menge von Beschäftigungen gab, und sehr gut zu den Anforderungen des Dienstes paßte. Aber diese Vertheilung wurde abgeändert und die Besorgung dieser Angelegenheiten dem Generalsekretariat oder einem seiner Angestellten übertragen. Die Kommission hat darin keinen Vortheil gefunden, und sie trägt daher darauf an, das

Departement einzuladen, die betreffenden Befugnisse der Beamten so einzutheilen, wie es sich für den Dienst am besten eignet, so daß jedem von ihnen bestimmte und genügende Beschäftigung angewiesen wird.

Bauwesen.

Das Bureau der Eisenbahnen wurde abgeschafft, da deren Bau und Betrieb der Privatthätigkeit überlassen wurde. Im Laufe des Jahres 1853 hatte sich der Bundesrath nur mit der Anwendung des Gesetzes, so weit es ihn betrifft, und hauptsächlich mit den Konzeptionen und Expropriationen zu beschäftigen. Aus diesem Grunde sind auch die starken Kredite, welche für das Bauwesen im Budget von 1853 ausgeworfen waren, nicht verwendet worden.

In Zukunft wird, hinsichtlich des Bauwesens, das Departement sich mit den großen Unternehmungen zu beschäftigen haben, welche vorbereitet werden und für welche man, in Gemäßheit des Artikels 21 der Bundesverfassung, die Unterstützung der Eidgenossenschaft anrufen hat. Im Laufe des Jahres 1853 hatte es ein Gutachten und Anträge für die Rheinkorrektion zu entwerfen, welche als ein Nationalunternehmen erklärt worden ist, und wozu die Bundeskasse schon, unter gewissen Bedingungen, einen Beitrag von Fr. 50,000 geleistet hat.

Die Korrektion der Juragewässer beschäftigt jetzt das Departement, welches darüber Expertisen angeordnet hat und nächstens im Stande sein wird, Anträge bezüglich des Gesuches um die eidgenössische Intervention, die ebenfalls für dieses Unternehmen angerufen wird, auszuarbeiten.

Telegraphen.

Der Bericht des Bundesrathes enthält interessante Nachweise über den jetzigen Stand unserer telegraphischen Linien und Büreaux, die im Laufe des Jahres 1853 einen ansehnlichen Fortschritt gemacht haben. Das Netz wurde vervollständigt, die Zahl der Büreaux vermehrt und das System der Apparate verbessert. Im Laufe des Jahres 1853 wurden 35 neue Büreaux dem Betrieb übergeben, was deren Anzahl auf 70 erhöhte. Eine Centraldirektion, die ihren Sitz in Bern hat, leitet die Organisation und den Gang dieses ganzen Dienstes.

Im Laufe des Jahres 1853 hat die Verbindung unserer Telegraphen mit denjenigen anderer Länder einen neuen Zuwachs durch die mit dem Großherzogthum Baden und den sardinischen Staaten abgeschlossenen Verträge erhalten.

Das finanzielle Ergebniß dieser Verwaltung ist bis jetzt kein günstiges gewesen. Das Defizit von 1853 beläuft sich auf Fr. 28,051. 74, wenn man nur die gewöhnlichen Ausgaben rechnet, wie die Besoldungen, die Büreaukosten, die Auslagen für Apparate u. s. w., indem der Bau der Linien außer diesen Berechnungen bleibt und durch nachträgliche Kreditbewilligungen gedeckt wird. Auf einer andern Seite existirt eine Gründungsschuld, die auf keinerlei Weise amortisirt wird.

Es ist vorauszusehen, daß in Zukunft mit der Zunahme der telegraphischen Korrespondenz auch noch eine nothwendige Vermehrung des Personals oder der Besoldungen eintreten muß, indem eine Vermehrung der Depeschenzahl auch eine verhältnismäßige Erhöhung der Ausgaben nach sich zieht, woraus folgt, daß die Defizite bleibend zu werden drohen. Der Bericht des Bundesrathes enthält in dieser Hinsicht bestimmte Nachweise.

Diesem Zustande muß abgeholfen werden, und das Mittel dazu liegt nahe. Die Kommission erachtet, eine leichte Erhöhung des Preises der Depeschen werde das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben wieder herstellen, ohne irgendwie dem häufigen Gebrauche des Telegraphen zu schaden. Diese Erhöhung wird übrigens auf eine Weise berechnet werden können, daß die Komptabilitätsverhältnisse der Schweiz mit einigen der Staaten, an welche sie sich angeschlossen hat, dadurch erleichtert werden.

Die Kommission schlägt vor, den Bundesrath auf diesen Punkt aufmerksam zu machen.

Schließlich bemerkt noch die Kommission, daß sie mit vielem Interesse die Werkstätte des Hrn. Hipp für die Konstruktion telegraphischer Apparate besucht hat.

Anträge.

- 1) Der Bundesrath wird eingeladen, zu untersuchen, auf welche Weise man der Summe, welche jedes Jahr den Postkonduktoren als Vergütung für abgetretene Plätze bewilligt wird, die möglichst nützliche Bestimmung für diese Angestellten und für die Verwaltung geben könnte.
- 2) Der Bundesrath soll, in Anwendung des Art. 25 des Gesetzes vom 25. August 1851, die Taxen für die Korrespondenz mit Frankreich, gemäß dem bestehenden Vertrag und den gegenwärtig im Innern eingeführten Taxen, festsetzen.
- 3) Die Befugnisse des Generalsekretariats der Posten und des Sekretärs des Postdepartements sollen auf diejenige Weise bestimmt und limitirt werden, welche den Bedürfnissen des Dienstes am besten entspricht.

Das Departement hat unter anderm dafür zu sorgen, daß seinem Sekretär regelmäßige und genügende Arbeiten angewiesen werden.

- 4) Der Bundesrath wird eingeladen, den Tarif für die telegraphischen Korrespondenzen zu revidiren und denselben genügend zu erhöhen, damit die Einnahmen dieses Dienstzweiges so viel als möglich den Ausgaben das Gleichgewicht halten und die Gründungsschuld nach und nach abgetragen werden könne.

(Die Fortsetzung und der Schluß des vorstehenden Berichtes folgt in nächster Nummer.)

Bericht der Kommission des Ständerathes über die Geschäftesführung des Bundesrathes während des Jahres 1853 und über die Staatsrechnung von demselben Jahre.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1854
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	30
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	29.06.1854
Date	
Data	
Seite	549-617
Page	
Pagina	
Ref. No	10 001 435

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.